



# JUNG+LIBERAL

Das  
MITGLIEDER-  
MAGAZIN  
der Jungen  
Liberalen

# BALANCEAKT EUROPA





# DER HAUSHALT STEHT:

## Entlastungen, Rekordinvestitionen, Einhaltung der Schuldenbremse.

Der Bundeshaushalt für 2024 ist beschlossen. Als Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag haben wir darauf geachtet, dass uns 2024 trotz schwieriger Zeiten folgender Dreiklang gelingt:

- 1 — ENTLASTUNGEN**  
 Wir entlasten die Menschen spürbar um 15 Milliarden Euro bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie Industrie und Mittelstand um 3 Milliarden Euro bei der Stromsteuer.
- 2 — WIR INVESTIEREN AUF REKORDNIVEAU**  
 Zum Beispiel in Schienen, Straßen, digitale Netze, den Start-Up-Standort Deutschland und mit dem Startchancen-Programm in die Bildung.
- 3 — DIE SCHULDENBREMSE WIRD EINGEHALTEN**  
 Anders als andere Parteien es fordern, wird die Schuldenbremse weder ausgesetzt noch abgeschafft. Wir haben kein Einnahmenproblem. Priorisierung der Projekte ist das Gebot der Stunde.

Auch beim nächsten Bundeshaushalt werden wir priorisieren und konsolidieren müssen. Umso stärker sehen wir es als Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag als unsere Aufgabe, für mehr wirtschaftliche Dynamik zu sorgen. Denn eine gesunde Wirtschaft ist die Grundlage für solide Staatsfinanzen.

Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit auf:  
[f @fdpbt](#)   [@fdpbt](#)   [@fdpbt](#)   [fdpbt.de](https://fdpbt.de)



**SAMUEL KESSLER (22)** ist Chefredakteur der jung+liberal. Gebürtig kommt er vom Bodensee, mittlerweile lebt er aber als Student in München. Als junger Gründer interessiert er sich insbesondere für die wirtschaftlichen und unternehmerische Fragen unserer Zeit. Du erreichst ihn unter [samuel.kessler@julis.de](mailto:samuel.kessler@julis.de)

## Liebe Julis,

wir haben ein unfassbar spannendes Wahljahr vor uns: Sei es die US-Wahl, die in der vergangenen Ausgabe behandelten Kommunalwahlen oder die Europawahl – es geht um richtig viel. Diese Ausgabe macht aber Mut: Wir haben nicht nur unheimlich viele ambitionierte und engagierte Mitglieder, die sich mit verschiedensten europäischen Fragestellungen befassen, sondern auch einige JuLi-Kandidaten, die in dieser Wahl um ein Mandat in Brüssel ringen.

Leider komme ich auch in dieser Ausgabe nicht drumherum, anzumerken, dass die Zeiten harsch bleiben. Viele Wählerinnen und Wähler sind unzufrieden mit dem Status quo – das kann und muss uns umtreiben. Aber die FDP-Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat in unserem Austausch für diese Ausgabe eine Sache ziemlich deutlich gemacht: Dass wir uns darauf besinnen sollen, was wie die Zukunft offenhält und nicht nur auf den „negativen Scheiß“, der nicht ganz so gut läuft.

Diese Einstellung fasst die erste Ausgabe der „jung+liberal“ im Jahr 2024 auch ganz gut zusammen: Unsere Autoren schauen in ihren Artikeln nicht nur auf wichtige Sachverhalte, die uns in Europa seit geraumer Zeit beschäftigen, sondern

auch auf das, was vor uns steht – wie bspw. ein abgesenktes Wahlalter oder eine Debatte über europäische Atomwaffen.

Ich kann verstehen, dass es in Zeiten wie diesen nicht immer einfach ist, optimistisch zu bleiben. Auch ich betrachte die aktuelle Lage mit viel Skepsis. Dennoch sollten wir uns in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten immer wieder vor Augen halten, um was es geht. Nämlich darum, unsere liberalen Gedanken weiterhin auf bundespolitischer, europäischer und weltpolitischer Bühne zu vertreten.

P.S.: Als Leser dieses Magazins möchte ich euch auch nochmal ermutigen: Werdet Autoren! Jedes Quartal beschäftigen wir uns mit neuen Themen und egal, für was ihr euch interessiert – solange ihr Spaß am Schreiben habt, könnt ihr Teil einer Ausgabe werden. Tragt euch dafür ganz einfach über den QR-Code in den Autorenverteiler ein.

Hier in den Autorenverteiler eintragen



INHALT



Seite 5

PHIL HACKEMANN:  
Portrait zur Europawahl



Seite 6

SVENJA HAHN:  
Portrait zur Europawahl



Seite 7

MORITZ KÖRNER:  
Portrait zur Europawahl



Seite 8

ISABEL SCHNITZLER:  
Portrait zur Europawahl



Seite 9

HELMER KRANE:  
Portrait zur Europawahl

Seite 10

Steckbriefe der Kandidaten



Seite 12

SAMUEL KESSLER UND  
MARIE-AGNES  
STRACK-ZIMMERMANN:  
Interview zum Balanceakt Europa



Seite 15

SOPHIE STEGER:  
Haters gonna hate



Seite 16

ALLEN XU:  
A (Darker) Pathway  
Forward



Seite 18

RALF STÜBER:  
Europreneurship - neue Wege  
zur Europa GmbH



Seite 20

CELINE EBERHARDT:  
Europa braucht Veränderung.  
Europa braucht dich



Seite 22

ANNA UND  
FLORIAN RATZEL:  
Debattenarena



Seite 24

MAXIMILIAN SWENTY:  
Die Vision Europa im  
Verteidigungssektor



Seite 26

SEBASTIAN SCHULZE BISPING:  
Orban und die EU



Seite 28

LUKAS WEBER:  
Wahlrecht ab 16 bei der  
Europawahl -  
brauchts das überhaupt?



brandaktuell

Seite 30

JOHANNES SPORMANN:  
Berlin billigt Bubatz?



Seite 32

LEONARD KERN-WAGNER:  
Mehr Weimar wagen



Seite 34

CARL GRUNER:  
Das Lesezeichen

WEITERES

Seite 3

Editorial

Seite 35

Impressum

Portrait:  
**Phil Hackemann**



**Europa ist unsere Zukunft. Sonst haben wir keine."**

M

ehr als je zuvor muss man heute an diese berühmten Worte von Hans-Dietrich Genscher erinnern. Denn das Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsprojekt Europa steht auf der Kippe. Als Generation für die freies Reisen durch Europa und Studieren im EU-Ausland selbstverständlich ist, scheint ein vereinigtes Europa alltäglich. Aber es sind fragile Errungenschaften, die jeden Tag auf's Neue erkämpft werden müssen!

Spätestens seit dem Brexit und dem russischen Angriffskrieg muss uns allen klar sein: Frieden, Freiheit und Wohlstand, den uns die Europäische Union seit über 70 Jahren gesichert hat, sind in Gefahr: Auch hierzulande fabulieren Antieuropäer und Putin-Freun-

de wieder offen vom „Dexit“. Diesem Trend müssen wir entgegentreten, indem wir Europa gegen seine Feinde verteidigen – aber es auch noch besser machen!

Denn natürlich ist nicht alles gut so, wie es aktuell läuft in der Europäischen Union unter Ursula von der Leyen. Zu oft noch ist sie in den kleinen Dingen des Alltags zu bürokratisch, während sie bei den großen Herausforderungen unserer Zeit nicht handlungsfähig ist. Wir Junge Liberale streiten daher stattdessen für eine EU, die auch in Zukunft Frieden sichert, Freiheit verteidigt und Wohlstand schafft. Für mich bedeutet das konkret:

1. Wohlstand durch **Marktwirtschaft und Innovation**

Uns allen hat der europäische Binnenmarkt einen nie dagewesenen Wohlstand gebracht. Das hat die EU erreicht, indem sie Marktzutrittschranken, Handelshemmnisse und unterschiedliche bürokratische Standards abgeschafft hat. Doch immer mehr Parteien im EU-Parlament setzen mittlerwei-

le lieber auf Regulierung, Protektionismus und Technologiefindlichkeit. Wir Liberale streiten stattdessen dafür, den Wohlstandsmotor Binnenmarkt wieder zu entfesseln, mutig in Zukunftstechnologien wie Gentechnik oder Kernfusion zu investieren und den Freihandel voranzutreiben!

2. Geschlossen nach außen auftreten mit einer **starken EU-Armee**

Vor unseren Toren steht ein Aggressor, der bereits bewiesen hat, Grenzen auch mit militärischer Gewalt verschieben zu wollen. Gleichzeitig ist unsicher, ob die USA unter einem möglichen Präsidenten Trump weiterhin für unsere Sicherheit sorgen wird. Die EU muss daher selbst außen- und verteidigungspolitisch handlungsfähig werden. Wir brauchen dafür endlich eine echte, gemeinsame Außenpolitik ohne Einstimmigkeitsprinzip und konkrete Schritte hin zu einer europäischen Armee.

3. Mutige Reformen für **ein noch besseres Europa**

Für all das braucht es mutige Reformen. Dazu gehören auch institutionelle Veränderungen, um die EU noch demokratischer zu machen: So sollten wir Wählerinnen und Wähler entscheiden, wer in die Kommission gewählt wird und wie diese regiert, ohne dass dies die Staats- und Regierungschefs im Hinterzimmer ausklünneln. Das alles wird nicht einfach, aber wenn wir wirklich wollen, ist alles möglich! Das beweist allein, wie weit wir mit der europäischen Einigung seit dem Zweiten Weltkrieg, als wir Europäer noch blutig gegeneinander gekämpft haben, bereits gekommen sind. All das liegt allein in unseren Händen. Jeder von uns kann, soweit sie oder er über 16 Jahre alt ist, bei der Europawahl entscheiden, wie (und ob) es weitergeht mit Europa. Daher überzeugt auch eure Familien, Freundinnen und Freunde, ihre Stimme abzugeben – für Europa und bestenfalls auch für ein liberaleres Europa. Es lohnt sich!

**ZUR PERSON:**  
Hi! Ich bin Phil und darf euer Spitzenkandidat zur Europawahl sein. Auf der Bundesliste der Freien Demokraten kandidiere ich auf Platz 7 für das Europäische Parlament. Gemeinsam mit euch will ich für ein mutiges, modernes und besseres Europa streiten. Zum ersten Mal dürfen diesmal auch 16- und 17-Jährige wählen: Zusammen mit euch will ich sie für Europa und unsere Ideen begeistern. Ihr erreicht mich auf Social Media unter @philhackemann oder per WhatsApp unter +49 156 7931 5492.

# Zeit zu Handeln! – Für Wettbewerb, Wachstum und Menschenrechte

R

usslands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Chinas Drohungen gegen Taiwan und der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel zeigen, dass der Konflikt unserer Zeit Autokratie versus Demokratie heißt. Weltweit greifen Autokraten unsere Werte an, versuchen Demokratien zu schwächen. Wir müssen jetzt Abhängigkeiten von Autokratien verringern und die Allianz der Demokratien durch mehr Freihandel mit mehr Partnern stärken. Wirtschaftswachstum durch mehr Freihandel ist außerdem der beste Motor, um gestärkt aus den aktuellen Krisen zu kommen. Dabei müssen wir freien Handel und offene Märkte heute gleich doppelt verteidigen: Gegen die Autokraten, die unsere Offenheit ausnutzen und gegen den Protektionismus der auch in der EU immer mehr Fürsprecher findet. Es ist Zeit zu han-

deln: Wir müssen Bürokratie abbauen und eine Wirtschaftswende vorantreiben. Denn fairer Wettbewerb, nachhaltiges Wachstum und die Stärkung demokratischer Werte und Menschenrechte brauchen regelbasierten Handel und offene Märkte.

## Handlungsfähigkeit der EU und Schutz der Menschenrechte stärken

Handel ist auch ein Instrument der Zusammenarbeit auf Augenhöhe, das Wohlstand und Arbeitsplätze schafft – bei uns und unseren Partnern. Handel ist ein Mittel, um Menschen ganz konkrete wirtschaftliche Perspektiven und somit die Gestaltung ihres eigenen Lebens zu ermöglichen. Insbesondere für viele Menschen in Partnerländern außerhalb Europas bedeutet mehr Handel auch Wege aus der Armut hinein in die Selbstbestimmung. Freihandel bringt gleichgesinnte Partner zusammen, er kann und sollte die Demokratie unterstützen, Menschenrechte fördern und den Kampf gegen den Klimawandel erleichtern. Diese Chancen werden insbesondere durch die Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung in den EU-Freihandelsabkommen

gestärkt. Darüber hinaus muss die EU interne Instrumente schaffen, die ihre Handlungsfähigkeit und „offene strategische Autonomie“ stärken.

## Die Allianz der Demokratien als Weltfreihandelszone

Deutschland ist eine Handels- und Exportnation. Keine andere Volkswirtschaft der G7 hat einen vergleichsweise hohen Außenhandelsanteil am Bruttoinlandsprodukt wie die Bundesrepublik. Was für eine Chance, denn bereits heute finden 90 Prozent des weltweiten Wachstums außerhalb des EU-Binnenmarkts statt. Die Motoren des Wirtschaftswachstums liegen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Handel ist daher auch eine Brücke, zwischen internationaler Zusammenarbeit, Wohlstand und neuen Arbeitsplätzen bei uns und unseren Partnern. Wir brauchen eine Weltfreihandelszone der Demokratien von Chile über Taiwan bis Australien, basierend auf gemeinsamen Regeln der Welthandelsorganisation. Die EU muss die demokratische Alternative für Länder in Lateinamerika, Afrika und Asien zu einem Land wie China sein. Im Konflikt zwischen Autokratie und Demokratie müssen wir Demokratien es schaffen in der Breite, nicht nur punktuell zusammenarbeiten. Vor allem handelspolitische Zusammenarbeit stärkt uns und unsere demokratischen Partner und macht uns weniger abhängig von autokratischen Staaten. Handelspolitik ist ein essentieller Beitrag für europäische Souveränität. Deshalb muss die EU endlich die bereits abgeschlossene Handels- und Investitionsschutzabkommen ratifizieren und umsetzen, mit Ausnahme des Abkommens mit China. Darüber hinaus muss sie neue Gespräche mit weiteren Partnern aufnehmen. Das wirtschaftliche Potenzial wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Regionen wie Kanada, USA, Indien, Taiwan, Mexiko, Mercosur, Chile, dem Indopazifik, Australien, Neuseeland oder einzelnen ASEAN-Staaten oder mit vielen Ländern in Afrika ist riesig. Diese Chancen darf die EU nicht länger liegen lassen. Die nächste Legislaturperiode des EU-Parlaments und der EU-Kommission muss eine Offensive für Handelspolitik werden. Es ist Zeit zu Handeln.

**ZUR PERSON:** Svenja Hahn (34) ist Mitglied des europäischen Parlaments und dort unter anderem als handelspolitische Sprecherin für die FDP im Einsatz. Du erreichst Sie unter: [svenja.hahn@europaparl.europa.eu](mailto:svenja.hahn@europaparl.europa.eu).

## Portrait: svenja Hahn



## Portrait: Moritz Körner



## Etappensieg gegen die Chatkontrolle Eine Chronologie vom Ende der Massenüberwachung

B

Kindesmissbrauch zeigen. Doch hinter dem Entwurf verbirgt sich deutlich mehr. Denn um Missbrauchsdarstellungen in privaten Chats erkennen zu können, müssen diese in Echtzeit überwacht werden. WhatsApp, Instagram und Co. sollen verpflichtet werden können, die private Kommunikation ihrer Nutzer inklusive aller Fotos und Videos zu durchleuchten. Private Unternehmen würden nach dem Vorschlag der EU-Kommission gezwungen werden, Polizei zu spielen, ihre Kunden auszuspionieren und beim Staat zu melden. Alles nicht mit europäischen Werten vereinbar. Mai 2023: Auf meine Anfrage fertigt der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments eine Studie zur Chatkontrolle an – und gibt ein vernichtendes Urteil ab. Der Vorschlag der EU-Kommission sei quasi wirkungslos zur Erkennung illegaler Inhalte. Sowieso würden Täter zum größten Teil keine regulären Chat- und Messaging-Dienste nutzen, sondern spezielle Foren im Dark Net, die im Vorschlag der Kommission nicht berücksichtigt werden. Die Kritik am Vorhaben wird lauter, nicht nur von Bürgerrechtlern, sondern zum Beispiel auch dem Deutschen Kinderschutzbund.

Kindesmissbrauch zeigen. Doch hinter dem Entwurf verbirgt sich deutlich mehr. Denn um Missbrauchsdarstellungen in privaten Chats erkennen zu können, müssen diese in Echtzeit überwacht werden. WhatsApp, Instagram und Co. sollen verpflichtet werden können, die private Kommunikation ihrer Nutzer inklusive aller Fotos und Videos zu durchleuchten. Private Unternehmen würden nach dem Vorschlag der EU-Kommission gezwungen werden, Polizei zu spielen, ihre Kunden auszuspionieren und beim Staat zu melden. Alles nicht mit europäischen Werten vereinbar. Mai 2023: Auf meine Anfrage fertigt der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments eine Studie zur Chatkontrolle an – und gibt ein vernichtendes Urteil ab. Der Vorschlag der EU-Kommission sei quasi wirkungslos zur Erkennung illegaler Inhalte. Sowieso würden Täter zum größten Teil keine regulären Chat- und Messaging-Dienste nutzen, sondern spezielle Foren im Dark Net, die im Vorschlag der Kommission nicht berücksichtigt werden. Die Kritik am Vorhaben wird lauter, nicht nur von Bürgerrechtlern, sondern zum Beispiel auch dem Deutschen Kinderschutzbund.

November 2023: Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments stimmt über die Chatkontrolle ab und erteilt dabei der anlasslosen Massenüberwachung eine klare Absage. Die Details der Einigung können sich sehen lassen:

- Es soll nur noch überwacht werden, wer tatsächlich im Verdacht steht, in Kindesmissbrauch involviert zu sein
- Jede Überwachung braucht eine richterliche Anordnung
- Verschlüsselte Kommunikation darf nicht geknackt werden
- Es wird keine verpflichtenden Netzsperrungen geben

Damit sind die grundrechtswidrigen Elemente entschärft. Um Kinder besser zu schützen, setzt das Parlament vor allem auf Security by Design. Dienste und Apps sollen sicherer gestaltet werden, damit Nutzer bei sexueller Belästigung leichter blockiert und gemeldet werden können.

Es kann aber noch keine endgültige Entwarnung gegeben werden. Das Europäische Parlament muss sich noch mit den EU-Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Linie einigen. Der Rat hat noch keine eigene Position festgelegt. Im Moment sieht es so aus, als ob im Rat keine Einigung gefunden werden kann, insbesondere auch weil Justizminister Marco Buschmann und Digitalminister Volker Wissing weiter gegen die Massenüberwachung kämpfen.

So geht es weiter: Sobald der Rat seine Position festgelegt hat, beginnt der sogenannte Trilog, bei dem Europäisches Parlament, Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission einen gemeinsamen Kompromiss verhandeln. Sollte es keine Einigung in dieser Legislaturperiode geben, dürfte das Parlament seine Position im April 2024 offiziell im Plenum beschließen, damit das neugewählte Parlament in der zweiten Jahreshälfte nicht komplett von vorn beginnen muss.

Die weiteren Verhandlungen liegen dann aber beim neugewählten Parlament. Es ist deshalb entscheidend, dass die bisherigen Kritiker und Kämpfer gegen die anlasslosen Massenüberwachungspläne von Ursula von der Leyen bei der Europawahl 2024 gestärkt werden. Damit auch diesem Hirngespinnst von „Zensursula“ ein Ende gesetzt wird.

**ZUR PERSON:** Moritz Körner (33) ist Mitglied des europäischen Parlaments und Generalsekretär der FDP Nordrhein-Westfalen. Er steckt zwar gerade mitten im Wahlkampf für die anstehenden Europawahlen, du erreichst ihn aber unter: [moritz.koerner@europarl.europa.eu](mailto:moritz.koerner@europarl.europa.eu).

**A**

Is Kind habe ich gerne „Aufräumen“ gespielt – alles sollte geordnet, sortiert, ausgemistet werden und stets übersichtlich sein. Wer schon mal etwas von Marie Kondo gehört hat, kennt vermutlich die Frage: „Does it spark joy?“ Der Ansatz ist simpel: Gegenstände, die keine Freude auslösen, dürfen entsorgt werden. Ziel ist es, sich und seinen

Haushalt von Überflüssigem zu befreien und Ballast abzuwerfen. Dadurch wird zum einen Platz für Neues geschaffen, aber vor allem auch Raum für Kreativität sowie klare und freie Gedanken gegeben. Was hat das jetzt mit Politik zu tun? Ganz einfach: Genau dieser Entrümpelungsansatz fehlt uns in der EU. Die letzten Jahre waren geprägt davon, dass immer neue Regelungen geschaffen wurden, die weder einfach noch übersichtlich sind. Meist mit dem Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit, um Greta und ihre Freunde zu bedienen. Vergessen wurde darüber aber leider meist die Frage der ökonomischen Nachhaltigkeit. Nun ist die Frage „does it spark joy?“ vielleicht nicht die richtige im politischen Kon-

text, aber wie wäre es mit der Frage, ob die geschaffenen Richtlinien und Verordnungen einen Mehrwert für die europäischen Bürger haben? Also ob sie einen Benefit für die Bürger haben und ob das Mittel im Verhältnis zum Zweck steht. Bei Regelungen, die Bürger und Unternehmer in Bürokratie ersticken, statt ihnen die Freiheit und Kreativität zum Wirtschaften zu überlassen, möchte ich das stark bezweifeln. Von genau diesen belastenden Regelungen gibt es allerdings derzeit viel zu viele. Zeit also, hier aufzuräumen.

In Zeiten, in denen wir internationale und militärische Konflikte sehen, wo wir nur hinblicken, in Zeiten der Inflation und Rezession, können wir uns aber genau diese Belastungen nicht leisten. Was wir brauchen ist eine einfache EU, die sich auf das besinnt, was wesentlich ist: Auf freien Handel, militärische Zusammenarbeit sowie die Sicherung von Frieden und Wohlstand.

Allein in meinem Heimatbundesland Hessen, fehlen in den kommenden 5 Jahren 250.000 Fachkräfte aus dem Ausland. Das bedeutet 250.000 Personen, die wir nicht aus dem Inland heranziehen können, weil sie schlichtweg nicht da sind. Deutschland und die EU sind aber derzeit nicht Ziel Nr. 1 für kluge Köpfe aus aller Welt. Das liegt im Wesentlichen daran, dass unsere Regelungen zu kompliziert und bürokratisch sind. Hinzu kommt, dass Englisch als Fremdsprache nicht so verbreitet ist, wie es wünschenswert wäre. Das belastet unsere Wirtschaft und die EU hat es in der Hand, einfachere Regelungen zu schaffen, die Fachkräftemigration zu harmonisieren, Rechtssicherheit zu schaffen und bürokratische Hürden abzubauen. Aus genau den genannten Gründen bedarf es einer starken Stimme der Freiheit in der EU. Wer sich derzeit noch fragt, wozu es Freie Demokraten braucht, die Antwort ist einfach: Wir sind die einzigen, die halten, was sie versprechen. Die einzigen, die verlässliche Politik für die Mitte machen, die dieses Land trägt. Die einzigen, die wissen, dass sich Frieden nur auf Wohlstand bauen lässt. Wir haben Vertrauen in den Einzelnen und sind davon überzeugt, dass es jeder aus eigener Kraft schaffen kann. Die Politik setzt nur den Rahmen – und dieser muss aufgeräumt sein: klar, sortiert und übersichtlich.

**ZUR PERSON:** Isabel Schnitzler ist 33 Jahre alt, arbeitet als Rechtsanwältin im Arbeitsmigrationsrecht und lebt mit ihrem Hund und Partner in Frankfurt am Main. Sie ist hessische Spitzenkandidatin der FDP zur Europawahl und auf Platz 6 der Bundesliste.

Portrait: **Isabel Schnitzler**



Portrait: **Helmer Krane**



**Das nächste Wirtschaftswunder heißt Klimaschutz**

**D**

iese Überschrift lässt einige von Euch bestimmt den Kopf schütteln. Macht man sich nicht lächerlich, aktuell das Wort „Wirtschaftswunder“ in den Mund nehmen? Letztes Jahr wuchs die Eurozone kaum, in Deutschland schrumpfte das BIP sogar leicht. Für 2024 sieht es nicht viel besser aus: Die EU rechnet mit 0,8 % (Eurozone) und 0,3 % (Deutschland) Wirtschaftswachstumchen. Hat Klimaschutz mit dieser Misere zu tun? Immerhin bauen wir die erneuerbaren Energien aus und die Energiepreise sind hoch. Schließlich erstickt gerade jede unternehmerische Eigeninitiative im Treibsand der Bürokratie. Und die Sogkraft nach unten ist in den letzten Jahren in der EU stärker geworden. Die Ursache ist oft auch der Green Deal der von der Leyen (CDU)-Kommission. Der hat das Ziel, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Indizienkette scheint perfekt, um „Klimaschutz“ mit „Wohlstandsverlust“ gleichzusetzen. Wer so denkt und fühlt, spricht vielen Menschen aus der Seele. Aber das ris-

kiert, uns Europäer um eine einmalige Chance auf neuen Wohlstand und einen liberalen Traum zu bringen. Ganz zu schweigen von den wahrscheinlichen Folgen eines ungebremsten Klimawandels.

**Grüne, SPD und CDU versauen eine gute Idee mit schlechter Politik**

Wir dürfen Klimaschutz nicht gleichsetzen mit der Art, wie ihn Grüne, SPD und CDU machen: das Stolpern in die Energiewende, falsche Anreize beim Netzausbau, lähmende Diskussionen um Technologieverbote, steigende Berichtspflichten, langatmige Planungsverfahren und ineffiziente Subventionen. Das ist das Ergebnis schlechter Politik – im Fall der Energiepreise zum Teil auch eines barbarischen russischen Angriffskriegs. Es gibt kein Naturgesetz, dass Klimaschutz so verhunzt sein muss. Es ist nur das Arbeitsergebnis von Politikerinnen und Politikern, die mit Ordoliberalismus und sozialer Marktwirtschaft schon immer zu wenig am Hut hatten. Deswegen opfern sie die Marktwirtschaft leichtherzig, weil es doch um Klimaschutz geht. Dabei ist Klimaschutz nur erfolgreich, wenn er global erfolgreich ist. Das funktioniert nur, wenn Menschen weltweit ihn machen möchten. Und mit Wachstumsraten nahe dem Nullpunkt und einer frustrierten Be-

völkerung ist Klimaschutz nicht sexy. Klimaschutz braucht ein neues Wohlstandsversprechen und umgekehrt ist ein neues Wohlstandsversprechen ohne Klimaschutz undenkbar.

Klimaschutz verdient eine liberale Erzählung. Wie wäre es also damit: Klimaschutz bedeutet Energiegewinnung in Bürgerhand, mehr eigene Unabhängigkeit und Kostenersparnis z.B. durch Balkonkraftwerke. Klimaschutz bedeutet geringere Strom- und Heizkosten durch Energieeffizienz und bedeutet gerade für das notorisch rohstoffarme Europa die clevere Wiederverwendung von Ressourcen. Klimaschutz bedeutet einen riesigen Investitionsbedarf – allein für die deutsche Klimaneutralität bis 2045 rund 5 Billionen Euro – und damit volle Auftragsbücher und qualifizierte Arbeitsplätze.

Dass man dafür noch etwas Gutes für das Klima tut, ist ein toller Nebeneffekt. Darauf muss es nicht einmal ankommen. Das zeigt z.B. der Gouverneur von Georgia, Brian Kemp. Der Republikaner kann mit dem Klimawandel nicht besonders viel anfangen. Dennoch möchte er Georgia an die Spitze der Elektromobilität katapultieren – einfach weil es sich rechnet.

**Was jetzt zu tun ist**

Setzen wir Liberale unsere Wirtschafts- in Klimakompetenz um. Streiten wir für ein Investitionsklima, in dem Private gerne investieren. Dafür spricht schon der Fakt, dass von den 5 Billionen Euro eh 90 % von Bürgern und Unternehmen kommen müssen und können!

Das heißt: Ausweitung des CO2-Zertifikatehandels auf alle noch nicht erfassten Emissionen (also auch Abfallwirtschaft und Landwirtschaft), Ausbau der Übertragungsnetze zwischen den EU-Staaten z.B. durch eine beratende Europäische Energieagentur, umfassende Befreiung von Netzentgelten für lokale Energieerzeugung zum Selbstgebrauch, Beteiligung von Gemeinden an der Gewerbesteuer von Batteriespeichern, radikale Entbürokratisierung und Verfahrensbeschleunigung durch Genehmigungsfiktionen, europaweites Klimageld. Kurz: Vorfahrt für dezentrales nachhaltiges Wachstum. Machen wir Klimaschutz in Europa zu dem, was es ist: das Geschäft des Jahrhunderts.

**ZUR PERSON:** Helmer Krane (34) kommt aus Schleswig-Holstein und ist FDP-Kandidat für die anstehende Europawahl. Seine Herzenthemen sind unter anderem Investition in den Klimaschutz und soziale Mobilität. Du erreichst ihn unter: [helmerkrane@t-online.de](mailto:helmerkrane@t-online.de)

# steckbriefe

## der Kandidierenden zur Europawahl

### Phil Hackemann

#### Ich komme aus:

Ich komme aus München, wo ich derzeit an der LMU zur Demokratie in der Europäischen Union promoviere

#### Das mache ich politisch:

Nachdem ich 2016-18 stellv. Bundesvorsitzender der JuLis sein durfte, bin ich mittlerweile u.a. Mitglied im Landesvorstand der FDP Bayern und stellv. Vorsitzender des Bundesfachausschusses Internationales der FDP. Außerdem bin ich auf europäischer Ebene bei unseren Mutterorganisationen LYMEC und ALDE als Delegierter aktiv

#### So bin ich in der liberalen Familie gelandet:

Ich habe 2012 entschieden, mich aktiv einbringen zu wollen, statt immer nur über Politik zu meckern. Deshalb bin ich kurzerhand zu einem Stammtisch der JuLis München gegangen und wenig später auch als Beisitzer für Programmatik in den Stadtvorstand gewählt worden – ohne erahnen zu können, wo mich das hinführen würde. Aber so hat der ganze Irrsinn begonnen.

#### Das können wir uns von anderen europäischen Staaten abschauen:

Ich bin beeindruckt, wie Estland es geschafft hat, die öffentliche Verwaltung zu digitalisieren. E-Residency, Online-Bürgerbüro und digitaler Personalausweis: Davon können wir uns einiges abschauen!

#### Deshalb kandidiere ich fürs Europäische Parlament:

Ich habe während meines Studiums in England mit dem Brexit selbst erlebt, wie zerstörerisch anti-europäischer Populismus sein kann – und wie prekär die Errungenschaften der europäischen Integration sind. Daher ist es mir wichtig, Europa vor den Populisten zu verteidigen. Dafür müssen wir es aber auch noch besser machen. Daran möchte ich im Herzen der europäischen Demokratie mitwirken: Im EU-Parlament.

#### Das möchte ich bewegen, wenn ich ins EP einziehen sollte:

Die EU muss noch bürgernäher und handlungsfähiger werden. Ich habe mich in meiner Promotion mit den dafür notwendigen Reformen beschäftigt und möchte diese nun auch im Europäischen Parlament einbringen. Dazu gehören etwa mehr Mitspracherechte bei der Wahl der Kommission, ein Initiativrecht für das EU-Parlament, europäische Wahllisten mit echten Spitzenkandidaten und Mehrstimmigkeit auch in der Außenpolitik.

#### Mit diesem Staatschef würde ich gerne einen ganzen Tag verbringen:

Ich habe größten Respekt vor dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der seinem Volk trotz des brutalen russischen Angriffskrieges seit zwei Jahren Mut und Zuversicht vermittelt. Aus unseren warmen, sicheren Wohnungen können wir nicht nachvollziehen, was das heißt. Deshalb würde ein Tag mit ihm wohl nicht nur interessant, sondern auch sehr bereichernd und perspektiverweiternd sein.

### Svenja Hahn

#### Ich komme aus:

Geboren in Hamburg, Europa im Herzen

#### Das mache ich politisch:

Seit 2019 arbeite ich im EU Parlament in den Ausschüssen für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie für Außenhandel für ein digitaleres Europa, weniger Hürden im Binnenmarkt und mehr Handel mit der Welt.

#### So bin ich in der liberalen Familie gelandet:

Als ich 2009 anfang in Hessen zu studieren wollte ich meine Uni besser machen und zog für die Liberale Hochschulgruppe Gießen ins Studierendenparlament ein. Danach kam ich zu den Jungen Liberalen und der FDP und habe sehr schnell meine Leidenschaft für Europa entdeckt und zwar zwischen 2014 und 2020 Vorstandsmitglied und zuletzt Vorsitzende der Europäischen Jungen Liberalen (LYMEC).

#### Das können wir uns von anderen europäischen Staaten abschauen:

Mehr Freude an technologischem Fortschritt wie in Estland. Stärkeres Bekenntnis zu Freihandel wie in Schweden. Wählen ab 16 auch bei nationalen Wahlen wie in Österreich.

#### Deshalb kandidiere ich fürs Europäische Parlament

Ich konnte viel erreichen in dieser Legislaturperiode aber ich bin noch lange nicht fertig. Ich möchte meine Arbeit zu Künstlicher Intelligenz fortsetzen, gegen rechte Überwachungsfantasien und linke Überregulierung und für bessere Wirtschaftspolitik kämpfen. Damit Brüssel nicht mehr für Bürokratie, sondern für Chancen, Wachstum und Wohlstand steht.

#### Das möchte ich bewegen, wenn ich ins EP einziehen sollte:

Im Konflikt unserer Zeit zwischen Autokratie und Demokratie möchte ich dazu beitragen, dass die EU souverän für Freiheit und Demokratie steht. Dafür brauchen wir vor allem mehr Handelsabkommen mit mehr Partnern.

#### Mit diesem Staatschef würde ich gerne einen ganzen Tag verbringen:

Joe Biden und mit ihm über ein neues EU-US Handelsabkommen diskutieren.

### Isabel Schnitzler

#### Ich komme aus:

Hessen, habe spanische Wurzeln und lebe in Frankfurt.

#### Das mache ich politisch:

Aktiv bin ich als Europabeauftragte im Landesvorstand (Hessen) und Kreisvorstand (Frankfurt). Außerdem bin ich Stadtverordnete in Frankfurt am Main und Sprecherin für Bildung, Frauen, Diversität und Europa.

#### So bin ich in der liberalen Familie gelandet:

Meine Familie und auch mein Studium der Rechtswissenschaften haben das liberale

Menschenbild geprägt und mich dazu bewegt, dem Bedenkenträger- und Spießertum etwas entgegenzusetzen.

#### Mein Lieblingsland in der Europäischen Union:

ist herkunftsbedingt Spanien. Neben der Sonne vermisst ich manchmal die Lebensfreude und Unbeschwertheit der Menschen.

#### Deshalb kandidiere ich fürs Europäische Parlament

Ich kandidiere für das EP, weil ich die Perspektive junger Menschen einbringen möchte und vor allem für eine einfachere und effizientere EU streiten, die weniger

bevormundet und mehr Freiraum lässt

#### Das möchte ich bewegen, wenn ich ins EP einziehen sollte:

Eine wettbewerbsfähige EU durch gezielte und nachhaltige Fachkräftezuwanderung.

#### Mit diesem Staatschef würde ich gerne einen ganzen Tag verbringen:

Mit Sanna Marin würde ich gerne einen Tag verbringen, auch wenn sie inzwischen keine Staatschefin ist. Sanna Marin hat eine spannende politische Vita und ist sich trotz ihrer Funktion treu geblieben und hat den Bezug zur Realität nicht verloren.

### Helmer Krane

#### Ich komme aus:

Meine Heimat ist das Holstein in Schleswig-Holstein und dort eine kleine Stadt: Bad Bramstedt.

#### Das mache ich politisch:

Mir ist ein eigenständiger Liberalismus wichtig: nicht links oder rechts, sondern liberal. Das bringe ich in alle meine Ämter ein: Kreisvorsitzender, Europabeauftragter im Landesvorstand und Spitzenkandidat der FDP Schleswig-Holstein zur Europawahl.

#### So bin ich in der liberalen Familie gelandet:

Vielen Menschen habe ich viel im Leben zu verdanken. Aus Dankbarkeit wusste ich schon früh, dass ich politisch aktiv sein wollte. Weil meine Familie eher sozial- und christdemokratischen war, brauchte ich ein paar Jahre, um mich für eine Partei zu entscheiden. Zum Liberalismus und der FDP bin ich dann mit 18 über Humanismus, Aufklärung und Kirchenkritik gekommen.

#### Mein Lieblingsland in der Europäischen Union:

Ich habe ein paar Jahre in Belgien gelebt und Osteuropa ist die spannendste Region ist. Aber mein Lieblingsland in der Europäischen Union ist Griechenland. Ich liebe griechische Mythologie, griechischer Salat ist einfach perfekt und während der tristen Pandemie hatte ich tolle Wochen auf Kreta.

#### Deshalb kandidiere ich fürs Europäische Parlament:

Europa ist unsere beste Chance auf eine gute Zukunft. Es ist eine Herausforderung, die mich reizt. Die politische Sinnhaftigkeit Europas kann leicht Opfer von nationalen Reflexen werden und man geht als Parlamentarier leicht unter. Bei beidem traue ich mir zu, den positiven Unterschied machen zu können.

#### Das möchte ich bewegen, wenn ich ins EP einziehen sollte:

Den Energiebinnenmarkt vollenden und Stromproduktion in Bürgerhand attraktiver machen.

#### Mit diesem Staatschef würde ich gerne einen ganzen Tag verbringen:

Mit Kaja Kallas, der liberalen Regierungschefin in Estland: Estland ist ein Spitzenreiter bei PISA, liegt vorne bei der Digitalisierung der Verwaltung und Kaja Kallas Einsatz gegen den barbarischen russischen Angriffskrieg Russlands finde ich inspirierend. Deutschland und große Teile Europas sollten ihr zuhören: Von Russland geht unter Putin eine reale Gefahr für uns alle aus. Wir würden einen großen Fehler machen, die Ukraine nicht zu 100 % zu unterstützen.

### Moritz Körner

#### Ich komme aus:

Langenfeld, Nordrhein-Westfalen

#### Das mache ich politisch:

Ich bin Vorsitzender der FDP im Europäischen Parlament und Generalsekretär der FDP Nordrhein-Westfalen

#### So bin ich in der liberalen Familie gelandet:

Ich bin mit 17 Jahren den Jungen Liberalen beigetreten und habe mich dort direkt zuhause gefühlt, sodass ich auch direkt der FDP beigetreten bin.

#### Das können wir uns von anderen europäischen Staaten abschauen:

Ich bin vom Best-Practice-Model überzeugt. Europa sollte noch viel mehr voneinander lernen und gemeinsam effizientere Lösungen finden.

#### Deshalb kandidiere ich fürs Europäische Parlament

Weil ich ein Europa, mit weniger Vorschriften, aber entschlossenerem Handeln will; ein Europa, das sich traut, von morgen zu träumen und seine Zukunft mutig zu gestalten.

#### Das möchte ich bewegen, wenn ich ins EP einziehen sollte:

Ich möchte weiter für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und solide Finanzen in der EU kämpfen.

#### Mit diesem/dieser FDPler/in würde ich nach der Wahl am liebsten eine Bürogemeinschaft bilden:

Meine Straßburg-WG-Partnerin Svenja Hahn.

# Die Eurofighterin

## Ein Interview mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann

### ZUR PERSON:

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (65) ist FDP-Spitzenkandidatin zur Europawahl, Mitglied des deutschen Bundestages und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses. Wenn Sie nicht gerade mit ihrem Cityroller durch die Flure des Bundestags düst, fährt Sie auch leidenschaftlich Motorrad. Du erreichst Sie und ihr Team unter: marie-agnes.strack-zimmermann@bundestag.de.



„  
... eine politische  
Karriere war  
ursprünglich nicht  
mein Ziel.“

S

**Samuel Kessler:** Hallo Frau Strack-Zimmermann, herzlichen Glückwunsch zur Wahl als FDP-Spitzenkandidatin für die anstehende Europawahl und vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für ein Interview nehmen. Die Kenner unter uns wissen es: Ihre politische Karriere hat den Ursprung in einem fehlenden Zebrastreifen vor der Kita ihrer Kinder – war der Weg in die Spitzenpolitik schon immer ihr Wunsch?

**Marie-Agnes Strack-Zimmermann:** Nein, eine politische Karriere war ursprünglich nicht mein Ziel. Das Beispiel mit dem Zebrastreifen vor der Kita meiner Kinder ist bezeichnend: Ich sammelte Unterschriften und übergab sie der damaligen Oberbürgermeisterin, auf den ersten Blick ohne Erfolg, denn der Zebrastreifen wurde nie realisiert. Stattdessen zog die Kita um und erhielt so indirekt einen Zebrastreifen. Meine berufliche Laufbahn begann dann aber abseits der Politik in einem Verlag, ohne die Absicht, jemals Berufspolitik zu machen. Mein Engagement in der Kommunalpolitik,

getriggert durch die Kindergarten- und Schulzeit meiner Kinder, führte 1994 zu meiner ersten, allerdings erfolglosen Kandidatur für die Bezirksvertretung. Es war also ein schwieriges Jahr für die FDP in Nordrhein-Westfalen, aber der Beginn meines politischen Weges. Dieser war also nicht von langer Hand geplant und ich rate jungen Menschen auch dazu, zuerst Lebenserfahrung zu sammeln, stets die eigene Ausbildung im Blick zu haben, zu arbeiten und aus einer solchen Situation hinaus dann in die Politik zu gehen – politische Arbeit kann sehr erfüllend sein, ich habe das aber nie geplant.

**S:** Nun sind Sie aber in der Spitzenpolitik gelandet: Was haben sie aus den Anfängen in der Kommunalpolitik für ihre Arbeit als Politikerin mitnehmen können?

**M:** Kommunalpolitik ist ein unfassbar breit gefächertes Feld und das hat es mir ermöglicht, in ein breites Portfolio an politischen Themen einzutauchen: 1999 wurde ich das erste mal in die Bezirksvertretung gewählt und später dann in den Rat der Stadt, in welchem ich letztlich 19 Jahre vertreten war. Unabhängig davon, dass ich 6 Jahre Bürgermeisterin sein durfte, habe ich in extrem vielen Ausschüssen mitgearbeitet – von der Jugendhilfe über Soziales und Gesundheit bis zu Finanzen habe ich in dieser Zeit alles miterlebt. Ich habe dadurch gelernt, dass man die Politik vor Ort unter keinen Umständen unterschätzen sollte. Der große Traum vom parlamentarischen Leben ist erlaubt, aber das echte Leben findet am Ende des Tages doch zu Hause vor der Tür statt. Andererseits hat mich diese Zeit auch einiges an Demut gelehrt, denn ein politisches

„  
Wer Europa also  
schützen will, muss  
europäisch denken  
und auch europäische  
Außenpolitik machen.“

Mandat ist immer ein gliches Mandat – umso wichtiger ist es für mich, beharrlich an den Vorhaben und Themen zu arbeiten, von denen ich überzeugt bin. Ich glaube daran, dass die Authentizität, wirklich an seinen Überzeugungen zu arbeiten – nicht nur wenn es gerade en vogue ist – das ist, was die Menschen abholt. So habe ich also – damals wie heute – jeden Auftrag der Wählerinnen und Wähler sehr ernst genommen.

**S:** In Berlin sind Sie seit fast 7 Jahren eine liberale Konstante und haben als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses auch wichtige Verantwortung – was treibt Sie an, den Schritt nach Brüssel als Spitzenkandidatin für die FDP zu wagen?

**M:** Die Beweggründe sind vielfältig. Als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses habe ich einerseits intensiven Kontakt zu den entsprechenden Ausschüssen anderer europäischer Länder gepflegt und bin auch im Kontext der sicherheitspolitischen Herausforderungen – besonders verdeutlicht durch den russischen Angriff auf die Ukraine

– überzeugt davon, dass sie nur europäisch zu lösen sind. Wer Europa also schützen will, muss europäisch denken und auch europäische Außenpolitik machen. Deutschland kann hierbei also eine Führungsrolle übernehmen, aber diese Herausforderungen können wir nicht alleine oder bilateral lösen. Andererseits haben mich auch die vielen jungen Menschen motiviert, die von dem Europa, wie wir es heute leben, überzeugt sind. Ich habe zwar noch die Zeiten miterlebt, in welchen offene Grenzen, Arbeitsmobilität oder eine einheitliche Währung nicht die Realität waren. Aber zu sehen, dass auch junge Menschen für dieses Europa kämpfen, weil sie verstehen, dass es nicht selbstverständlich ist, hat mich motiviert.

Als also klar wurde, dass Nicola Beer in die europäische Investitionsbank wechselt und sich die Spitzenkandidatur dadurch öffnete, habe ich das in Berlin vorgeschlagen und war überrascht, wie offen dies angenommen wurde. Jetzt bin ich bereits seit dem 06. Januar im Wahlkampf und hoffe natürlich sehr, dass wir gemeinsam – gerade mit den Jungen Liberalen – bis zum 09. Juni einen knackigen Wahlkampf machen werden.

**S:** Dennoch sind die Zeiten für uns gerade besonders harsch und der Ton wird immer rauer. Was müssen wir tun, um Wählerinnen und Wähler, die eventuell aus Protest Parteien wie die AfD wählen, in den nächsten Monaten zurückzugewinnen?

**M:** Wir müssen diesen Menschen, denen ich nicht allen unterstelle, extremistische Ansichten zu vertreten, direkt mit der AfD-Programmatik konfrontieren und diese als

Blaupause dafür nehmen, um unsere Antwort darauf deutlich zu machen: Ist die AfD knallhart nationalistisch, sind wir europäisch. Hetzt die AfD gegen Migranten oder Homosexuelle, dann zeigen wir, was ein offenes und tolerantes Europa ist.

Wir müssen den Menschen, die von den etablierten Parteien frustriert sind, mit deutlichen Botschaften genau zeigen, was es für Auswirkungen hat, wenn die AfD stark wird. Als Exportland profitieren wir beispielsweise auf wirtschaftlicher Ebene ungemein von der Europäischen Union – wenn die AfD also fordert, dass Deutschland aus der EU austreten soll, muss das ein Warnsignal sein.

**S:** Inwiefern können wir uns in diesem Wahlkampf also von der Ampel-Kritik loslösen?

**M:** Ich glaube schon, dass man in diesem Kontext trennen muss. Die Dreierkoalition ist keine einfache, aber eben auch keine schlechte. Beispielsweise erleben wir heute einen historischen Moment mit der Legalisierung von Cannabis, ein Vorhaben, das die Jungen Liberalen vor vielen Jahren auf dem Bundesparteitag initiiert haben. In der Sozial- und Gesellschaftspolitik haben wir bedeutende Erfolge erzielt. Wir, sowohl die Jungen als auch die erfahrenen Liberalen, sollten aufhören, uns selbst zu kritisieren und stattdessen positive Botschaften verbreiten. Die jüngeren Wähler, die ab 16 Jahren wählen dürfen, interessieren sich dafür, was auf sie zukommt, nicht dafür, was nicht funktioniert. Im Hinblick darauf, dass die Europawahl keine Koalitionswahl ist, kämpfen wir für die liberalen Werte Deutschlands und streben eine starke Vertretung in der Renew-Fraktion an. Der Wahlkampf für die Europawahl lässt sich relativ einfach gestalten, da es um eine einzige Stimme geht, nicht um Erst- und Zweitstimmen. Obwohl ich Teil der Regierung bin, verläuft der Europawahlkampf separat und nicht als Teil einer Koalition. Diese Unabhängigkeit gilt es zu betonen und zu vermarkten.

**S:** Das ist ein schönes Statement! Nun ist die EU aber ein Konstrukt aus verschiedensten Staaten, was sich in jüngster Vergangenheit nicht immer als einfach erwiesen hat – wie lange geht das noch gut?

**M:** Zunächst möchte ich betonen, dass die Europäische Union aus 27 verschiedenen Staaten besteht, die sich in Sprache, Kultur und Perspektiven unterscheiden, was gerade den Reiz ausmacht. Wir sollten die Welt nicht ausschließlich aus deutscher Perspektive betrachten und erkennen, dass eine gemeinsame europäische Denkweise notwendig ist. Trotz nationaler Regierungen, wie zum Beispiel in Ungarn, wo es tragisch

ist, dass Viktor Orban sich so weit von seinen liberalen Anfängen entfernt hat, müssen wir klare Signale setzen. Es geht nicht um Ungarn an sich, sondern um die Handlungen der ungarischen Regierung. Wenn sich ein Land nicht an die gemeinsamen Werte der EU hält, müssen Konsequenzen folgen. Auch in der Slowakei, beeinflusst durch Russland, müssen wir deutlich machen, dass die Unterstützung Europas an die Einhaltung unserer Werte gebunden ist. Offenheit und die konsequente Durchsetzung unserer Werte sind essentiell, und es existieren Mechanismen, um Länder, die diese Werte nicht respektieren, entsprechend zu adressieren. Polen zeigt aber, dass Veränderungen auch möglich sind, wie die Wahl des glühenden Europäers Donald Tusk beweist – es geht also auch anders.

**S:** Jetzt sind wir ja im Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen – haben Sie zum Schluss noch eine Message an unsere Mitglieder?

**M:** Ich kann so viel versprechen: Ich werde kämpfen wie eine Löwin. Als engagierte Europäerin ist es mir ein Anliegen, die Bedeutung Europas zu betonen, denn wir dürfen nicht vergessen, dass nichts selbstverständlich ist. Nach wie vor inspiriert von Hans-Dietrich Genscher, der sagte, Europa sei unsere einzige Zukunft, setze ich große Hoffnungen in euch, die Jungen Liberalen. Ich erwarte von euch einen leidenschaftlichen Einsatz im Wahlkampf und auf der Straße. Natürlich kann ich nicht überall in Deutschland präsent sein, doch wir stehen vor der Aufgabe, die nächsten knapp Tage intensiv zu nutzen, um unsere liberale Vision so stark es geht zu verbreiten. Begleitet mich auf Social Media; wir werden auf allen Kanälen, einschließlich TikTok, aktiv sein. Eure Unterstützung ist unerlässlich, da gerade junge Menschen in den sozialen Medien eine wichtige Zielgruppe darstellen. Neben der digitalen Präsenz ist es entscheidend, dass wir auf der Straße sichtbar sind und zeigen, dass wir für Europa kämpfen. Es geht nicht nur um uns, sondern auch darum, dem Rest der Welt zu zeigen, dass Europa lebt und das auch in Zukunft so bleibt – möglicherweise mit neuen Mitgliedstaaten wie der Ukraine oder dem Westbalkan. Es ist an der Zeit, die ganzen negativen Stimmen endlich mal über Bord zu werfen und uns auf unsere Stärken zu besinnen – die Einzigen, die uns ein Bein stellen können, sind wir selber. Niemand außer uns wird uns unterstützen, weder die CDU, die SPD noch die Grünen stehen auf unserer Seite. Wir müssen uns selbst stärken und gemeinsam für unsere liberale Vision von Europa eintreten.

# HATERS gonna HATE



**D**er Superbowl sei manipuliert. Das Team ihres Freundes Travis Kelce würde gewinnen, um ihr mehr Einfluss zu verschaffen. Diesen Einfluss wiederum würde sie nutzen, um Joe Biden zum Wahlsieg zu verhelfen. Außerdem arbeite sie ja sowieso längst für das Pentagon.

„Taylor Swift ist der größte Star der Welt ... aber haben Sie sich jemals gefragt, warum oder wie sie so schlagartig berühmt wurde?“ Mit diesen Worten leitete der Fox News Moderator Jesse Watters einen 5-minütigen Vortrag ein, indem er darüber spekulierte, ob Swift von der US-Regierung angeworben worden war, um junge Wähler auf Joe Bidens Seite zu ziehen. Watters Behauptung wurde bereits einen Tag später vom US-Pentagon dementiert, dies half allerdings wenig. Das Thema ging auf Social Media viral und wurde von rechten Verschwörungstheoretikern wie Jack Posobiec angefeuert, der argumentierte, dass Taylor Swift es darauf auslegte „low propensity liberal women“ dazu zu bringen für den Zugang zur Abtreibung zu stimmen. Es sei die Aufgabe der amerikanischen Rechten, dies zu verhindern. Auch der konservative Influencer Ben Johnson äußerte sich zu der Thematik und schrieb auf der Plattform X: „Mittlerweile weiß jeder, dass Taylor Swift eine Geheimagentin der Regierung ist.“ Obwohl diese Theorien mehr als absurd erscheinen, wurden sie dennoch vor allem von Trump Fans aufgegriffen und fleißig weiter-

verbreitet. Taylor Swift zu diskreditieren, sie als Agentin des US-Pentagons hinzustellen, die sowieso nur nach dem Mund der Regierung reden, scheint dabei eine Präventionsmaßnahme für ein Szenario zu sein, dass bei der Präsidentschaftswahl 2020 schon einmal eintrat. Damals unterstützte Swift öffentlich Joe Biden und Kamala Harris, erlaubte ihnen sogar ihren Protestsong „Only the young“ für ihre Kampagne zu verwenden. Anhänger der GOP befürchteten nun, dass sich Swift 2024 wieder für Biden aussprechen und damit die Wahl zugunsten der Demokraten beeinflussen könnte. Ob oder inwieweit diese Sorge begründet ist, bleibt allerdings umstritten. Es ist eine Tatsache das Taylor Swift als Popstar Einfluss auf ihre Fans hat. Die Frage ist, inwieweit dieser Einfluss reicht. In einer Umfrage der Zeitschrift „The Guardian“, mit etwa 500 Teilnehmern, wurde genau diese Frage behandelt. „Könnte Taylor Swift deine Wahlentscheidung beeinflussen?“ Die Mehrheit antwortete mit „nein“. Außerdem gibt über die Hälfte der amerikanischen „Swifties“ sowieso an, dass sie Anhänger der Demokraten sei. Sollte Taylor Swift also tatsächlich öffentlich ihre Unterstützung von Joe Biden bekunden, müsste der Großteil ihrer Fangemeinde gar nicht mehr überzeugt werden. Natürlich könnte eine Wahlempfehlung ihrerseits dennoch Einfluss haben: auf die Unentschlossenen, auf jene, die sich nicht dazu aufraffen wollen zur Wahl zu gehen, weil sie sich weder von den Republikanern noch von den Demokraten repräsentiert oder

gesehen fühlen. Donald Trump scheint dies ähnlich zu sehen. Mitte Februar veröffentlichte er ein Statement auf seiner Social-Media-Plattform Truth Social: „I signed and was responsible for the Muisic Modernization Act for Taylor Swift and all other musical artists. Joe Biden didn't do anything for Taylor, and never will. There is no way she could endorse Crooked Joe Biden, the worst and most corrupt President in the History of our Country and be disloyal to the man who made her so much money.“

Diese bizarre Aussage zeigte eines ganz deutlich: Trump ist sich bewusst, dass Taylor Swift Einfluss hat und hätte sie wohl lieber auf seiner Seite als auf der der Demokraten. Ob ihm ein Post über Swifts angebliche Untreue, da weiterhilft, kann man allerdings bezweifeln.



**TEXT: SOPHIE STEGER (20)**  
wohnt in Südtirol. Sie interessiert sich besonders für außenpolitische Themen. In ihrer Freizeit liest sie gerne oder schreibt Texte über alles mögliche.

„Ist die AfD knallhart nationalistisch, sind wir europäisch. Hetzt die AfD gegen Migranten oder Homosexuelle, dann zeigen wir, was ein offenes und tolerantes Europa ist.“

# A (DARKER) PATHWAY FORWARD:

## Strategien für das Überleben der NATO unter einer zukünftigen Trump-Präsidentschaft



rump wird die NATO aufgeben". Anne Applebaum, die renommierte Historikerin und Politikwissenschaftlerin, warnte uns in einem Artikel im vergangenen Dezember vor einer zweiten Trump-Präsidentschaft. Heute, Monate vor einer weiteren Präsidentschaftswahl, wird das Warnsignal in Paris, London, Berlin und Brüssel wieder aufgegriffen. Als Bürgerinnen und Bürger der freien Welt machen sich die Menschen Sorgen, ob die notwendige Hilfe für die Ukraine zur Abwehr der russischen Aggression weiterhin von den USA geleistet wird; als Europäerinnen und Europäer machen sie sich Sorgen über die enorme Ungewissheit

über das Schicksal der NATO unter einer zweiten Trump-Präsidentschaft. Das Verhalten des US-Kongresses bezüglich der Unterstützung für die Ukraine, nachdem die Republikaner die Kontrolle über das Repräsentantenhaus übernommen haben, bietet einen Hinweis auf eine solche Zukunft. Mike Johnson, der Sprecher des Repräsentantenhauses und ein treuer Verbündeter Trumps, hat sich wiederholt geweigert, die vom Weißen Haus geforderten Hilfspakete für die Ukraine zur Abstimmung zu stellen, selbst nachdem die EU-Länder ein 50-Milliarden-Euro-Hilfspaket beschlossen hatten. Im Moment hat der Senat ein großes Hilfspaket verabschiedet, das 61 Milliarden Dollar für die Ukraine enthält, aber im Repräsentantenhaus hat es wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolg. Trump hat mehrfach seine Bereitschaft bekundet, die Ukraine unter Druck zu setzen, damit sie Putins Bedingungen akzeptiert, und die Republikaner haben sehr gute Chancen, den Senat 2024 wieder zu gewinnen. Das bedeutet, dass das aktuelle Hilfspaket sehr wahrscheinlich das letzte bedeutende der USA in naher Zukunft sein könnte. Auf einer breiteren Ebene ist Trumps Feindseligkeit gegenüber der NATO und dem gesamten Projekt des transatlantischen Bündnisses schon lange keine Überraschung mehr. Abgesehen davon, dass er diese Feindseligkeit während des Wahlkampfs mehrfach zum Ausdruck gebracht hat, hat er während seiner ersten Amtszeit mehrfach ernsthaft über einen Austritt aus der NATO nachgedacht.

Derzeit zeigen fast alle Umfragen, dass Trump in allen Swing States, die für den Sieg im Wahlmännerkollegium entscheidend sind, vorne liegt. Wir müssen jetzt mit der Planung für eine Trump-Präsidentschaft anfangen.

Einer der Gründe, warum Trump nicht in der Lage war, seine schlimmsten Impulse zu verwirklichen, war, dass es in seiner Regierung auf allen Ebenen Menschen gab, die sich für das transatlantische Bündnis und die NATO einsetzten, von Kabinettssekretären und hochrangigen Beamten wie Jim Mattis, John Bolton, John Kelly und Matthew Pottinger bis hin zu untergeordneten Mitarbeitern wie Miles Taylor, der den berühmten anonymen Op-Ed der New York Times darüber schrieb, wie er und seine Kollegen Trumps gefährlichsten Impulsen widerstanden. In einer zweiten Trump-Präsidentschaft ist es vernünftig, diese Menschen als Ansprechpartner für Europa zu sehen, auf die wir zugehen und mit denen wir Beziehungen aufbauen können.

Wegen dieser Reibungen wurde Trump in seiner ersten Amtszeit von vielen als "ineffektiver/inkompetenter Autoritärer" bezeichnet. Aber es gibt bereits Anzeichen dafür, dass dies in seiner zweiten Amtszeit nicht der Fall sein wird. Sollte es ihm gelingen, zum zweiten Mal die Kontrolle über das Weiße Haus zu übernehmen, könnten die Positionen, die einst John Kelly und Jim Mattis innehatten, höchstwahrscheinlich von Leuten wie Mike Flynn, Roger Stone und Steve Bannon besetzt werden, die eine starke Loyalität zu Trump und seine Feindseligkeit gegenüber dem transatlantischen Bündnis teilen, was es für Brüssel und Berlin schwieriger machen wird, Ansprechpartnern in der Exekutive zu finden.

Im Vergleich dazu ist der Kongress für uns ein besserer Ort, um Verbündete zu finden. Tatsächlich wurde letztes Jahr bereits ein Gesetz verabschiedet, das den Präsidenten verpflichtet, die Zustimmung des Kongresses einzuholen, wenn er die NATO verlassen will. Es ist bemerkenswert, dass einer der Mitunterzeichner des Gesetzes Senator Marco Rubio ist, ein enger Verbündeter von Trump. Obwohl die Verbindlichkeit dieses Gesetzes ungewiss ist - die Entscheidung über die Entsendung von Truppen liegt in der Hand des Präsidenten - zeigt es, dass Europa sich mehr darauf konzentrieren sollte, die Mitglieder des Kongresses zu überzeugen. Eine der wichtigsten Befugnisse des Kongresses ist die Festlegung des Haushalts. Der oben erwähnte NATO-Gesetzesentwurf wurde als Teil des Verteidigungshaus-

halts eingefügt. Da ein fehlender Haushalt zu einem Regierungsstillstand führen würde, wäre es für den Präsidenten viel schwieriger, sein Veto einzulegen, selbst wenn der Gesetzesentwurf weitere Klauseln zur Stärkung der amerikanischen Rolle in der NATO enthält (z.B. die Festlegung der Unterstützung, die die USA gemäß Artikel 5 in verschiedenen Szenarien leisten müssen).

Um ihre Verabschiedung zu sichern, sollten solche Gesetzesentwürfe weiterhin überparteilich sein. Obwohl einige demokratische Mitglieder auf der Linken eine stärkere isolationistische Tendenz gezeigt haben, bleibt es eine größere Herausforderung, genügend Republikaner zu finden, die solche Gesetzesentwürfe unterstützen. Das bisherige Abstimmungsverhalten ist immer ein guter Indikator: Eine Koalition, zu der unter anderem die GOP-Abgeordneten Michelle Steel, Chris Smith, Anthony D'Esposito und Dan Crenshaw sowie die Senatoren John Cronyn, Dan Sullivan, Susan Collins und John Thune gehören, kann aufgebaut werden, um die Rolle der USA in der NATO zu stärken und die Hilfe für die Ukraine und potenziell andere angegriffene Verbündete zu sichern.

Der Austausch zwischen dem US-Kongress und dem Bundestag und dem Europäischen Parlament ist daher eine wertvolle Kommunikationsmöglichkeit. Unsere MdBs und MEPs sollten jede dieser Gelegenheiten nutzen, um ihre amerikanischen Amtskollegen davon zu überzeugen, dem transatlantischen Bündnis in ihren legislativen Angelegenheiten höhere Priorität zuzuweisen. Gleichzeitig ist der Umgang mit NATO-skeptischen Verbündeten von Trump und Trump selbst unter einer zukünftigen Trump-Regierung unvermeidlich. Die kürz-

liche Reise von Anders Fogh Rasmussen, dem ehemaligen dänischen Ministerpräsidenten und Generalsekretär der NATO, nach Washington DC kann als plausibles Beispiel dienen. Bei einem Treffen mit einer Gruppe rechtsgerichteter republikanischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus versuchte er zunächst, ideologische Gemeinsamkeiten mit den Republikanern herzustellen, z. B. seine eigenen politischen Präferenzen für niedrigere Steuern, eine kleine Regierung und eine kontrollierte Einwanderung, und wandte sich dann dem Thema Ukraine zu, allerdings auf eine Art und Weise, die dem Wunsch dieser Republikaner nach amerikanischer Stärke entgegenkommt. Obwohl seine Bemühungen nicht viel an ihrer Haltung zum aktuellen Hilfspaket ändern konnten (sie wollen es als Druckmittel in den Verhandlungen mit dem Weißen Haus für strengere Einwanderungsgesetze nutzen), äußerten die meisten republikanischen Gesetzgeber ein gewisses Maß an Offenheit, die Ukraine auch in Zukunft zu unterstützen. In ähnlicher Weise können Menschen mit größeren Gemeinsamkeiten bei den ideologischen Prioritäten der Republikaner als Vertreter Europas und Deutschlands mehr erreichen, wenn es darum geht, Verbündete von Trump unter seiner Präsidentschaft zu überzeugen, da sie pragmatische Gründe identifizieren können, die für ihn besonders wichtig sind, um eine starke NATO weiterhin zu unterstützen: Regionale Konflikte aufgrund einer Verringerung der Rolle der USA führen zu Unterbrechungen in der Lieferkette, was das Risiko einer Inflation innerhalb der USA erhöhen könnte; auch mehr Asylsuchende an der US-Südgrenze sind eine mögliche Folge.

Einer der Gründe, warum Donald Trumps isolationistische Position bei seiner Wählerschaft Zuspruch finden könnte, ist natürlich die Tatsache, dass die US-Wählerinnen und -Wähler quer durch das ideologische Spektrum seit langem eine berechnete Unzufriedenheit mit der allzu passiven Rolle haben, die die europäischen Länder bei der Verteidigung spielen. Unabhängig vom Wahlausgang müssen die EU-Länder also anfangen, diese Dynamik zu ändern. Die Erfüllung des 2%-Ziels ist natürlich der allererste Schritt - ein Ziel, das Deutschland dank des Beitrags der FDP in der Bundesregierung gerade erreicht hat. Die europäischen Länder müssen auch eine proaktivere Rolle bei der Aufrechterhaltung der globalen Sicherheit spielen, indem sie sich nicht nur an besser koordinierten Sanktionen gegen autoritäre Regime und Menschenrechtsverletzer beteiligen, sondern auch an koordinierten Militäraktionen gegen regionale Bedrohungen.



**TEXT: ALLEN XU**

ist Vorstandsmitglied der JuLis München. Neben dem Studium arbeitet er im Bereich der PR und Kommunikation. Zu seinen Herzenthemen gehören die politische Kommunikation, Demokratie und das transatlantische Bündnis. Du erreichst ihn unter [allen.xu@julis-muenchen.de](mailto:allen.xu@julis-muenchen.de)

renew  
europe.

Freie  
Demokraten  
im Europäischen  
Parlament FDP

**FÜR EUCH IN EUROPA!**

Michael Kauch, Jan-Christoph Oetjen, Svenja Hahn, Moritz Körner und Andreas Glück

# EUROPRENEURSHIP – NEUE WEGE ZUR EUROPA GMBH



ntrepreneurship steht für Unternehmergeist und Gründertum. Schumpeter, ein bekannter österreichischer Nationalökonom, zeichnete ein Bild des Entrepreneurs, der durch seine innovative Arbeit eine „schöpferische Zerstörung“ eines Marktgleichgewichtes schafft und ganze Märkte positiv disruptiert.

In einer zunehmend globalisierten Welt mit rasantem technologischen Fortschritt wird es aus meiner Sicht immer wichtiger, dass wir als Europäische Union unsere Kompeten-

zen bündeln, vor allem im Bereich der Innovationen. Als Gestalter und Wegbereiter der „schöpferischen Zerstörung“ können wir uns als EU auch in Zukunft ökonomisch und ökologisch weiterhin gut positionieren und Technologieentwickler bleiben.

Die Innovationsforschung zeigt, dass Innovation eine Synthese aus verschiedenen Blickwinkeln und Ansichten ist. So beschreibt Israel Kitner in seinen Arbeiten, dass Innovation durch den Austausch und die Entdeckung von Potenzialen entsteht. Was könnte also ein besseres „Innovationslabor“ sein als die EU mit ihren 27 Mitgliedstaaten? Verschiedene Kulturen, Denkschulen und Ansichten, die in einer Union zusammenkommen und gemeinsam den größten Binnenmarkt der Welt bilden.

Doch wie können wir das Innovationslabor EU möglichst effizient betreiben, den Aus-

tausch stärken, Chancen entdecken und optimale Rahmenbedingungen schaffen, um unsere Potenziale zu nutzen? Einen Gedanken wollen wir uns dazu genauer anschauen.

## „DIE EURO-GMBH, MARKTPOTENZIALE IN DER EU ERSCHLIESSEN

Eine Herausforderung für Unternehmen in der EU ist die kostspielige und schwierige grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit aufgrund unterschiedlicher nationaler Rechtsvorschriften, insbesondere im Bereich des Gesellschaftsrechts.

Sei es die GmbH in Deutschland, die Société à responsabilité limitée in Frankreich oder die ždaroji akcinė bendrovė in Litauen und viele andere Kapitalgesellschaften. Wichtig ist dabei auch die Verteilung der Unternehmensgrößen.



KMU, kleine und mittlere Unternehmen (englisch: Small and Medium Enterprises, SME), also Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von weniger als 50 Millionen Euro, sowie Startups machen 99% der Unternehmen in der EU aus und sind damit ein wichtiger Motor unserer Wirtschafts- und Innovationskraft. Um dieser Herausforderung auf dem europäischen Markt zu begegnen, ist eine gemeinsame europäische Gesellschaftsform für Start-ups und KMU ein erster Schritt. Diese soll zum einen die Markteintrittsbarrieren senken und zum anderen einen attraktiven Einstiegspunkt für Investoren darstellen.

Der Small Business Act, der 2008 von der Europäischen Kommission verabschiedet wurde, ist der Grundstein für eine neue Strategie für KMU und Startups. Mit dem Small Business Act sollen die Ressourcen Europas gebündelt, einheitliche Wettbewerbsbedingungen für KMU geschaffen und das rechtliche und administrative Umfeld EU-weit verbessert werden. Besonders spannend finde ich, aus dem Small Business Act, die Idee der Europäischen Privatgesellschaft, der Societas Privata Europaea, kurz SPE."

Diese soll neben der Europäischen Aktiengesellschaft, der Societas Europaea, SE, auch kleinen Unternehmen und Start-ups die Möglichkeit geben, sich in einer weitgehend einheitlichen Rechtsform in der EU zu gründen. Aus der Idee der Societas Europaea hat sich der Entwurf der Europäische Einpersonengesellschaft, die Societas Unius Personae, kurz SUP, entwickelt.

Sie ähnelt in ihren Grundzügen stark der

deutschen Unternehmungsgesellschaft (UG). Ein großer Vorteil der geplanten SUP war, dass sie über die nationale Kapitalgesellschaft "gestülpt" werden sollte. Dadurch sollte eine Harmonisierung der unterschiedlichen nationalen Regelungen erreicht werden, ohne zu stark in das nationale Recht einzugreifen, wie dies beispielsweise bei einer EU-Verordnung der Fall wäre. Leider scheiterte auch die SUP an Bedenken hinsichtlich des Schutzes des nationalen Arbeits-, Steuer-, Sozial- und Rentenrechts, der Feststellung der Identität der Gesellschafter und des Gläubigerschutzes.

## WIE GEHT ES WEITER MIT DER „EUROPA-GMBH“?

Das die SPE und die SUP gescheitert sind, sollte die EU nicht entmutigen. Weiterhin kommen positive Neuerungen, die den Weg zur europäischen Kapitalgesellschaft bereiten.

So wurde im Juli 2021 für den Waren- und Dienstleistungsverkehr eine zentrale Anlaufstelle geschaffen und eine einheitliche Umsatzsteuergrenze in der EU festgelegt, mit der Waren bis zu einem Wert von 10.000 Euro in den Mitgliedsstaaten gehandelt werden können und die Steuersätze des Unternehmensstandortes zählen. Gerade für kleinere Anbieter, wie ich aus eigener Erfahrung berichten kann, eine große bürokratische Erleichterung und Errungenschaft.

Große Herausforderungen gibt es hingegen noch im Arbeitsrecht oder bei den Renten- und Sozialversicherungen.

Hier gilt der aus der Richtlinie über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften stammende Grundsatz, dass die Gesellschaft den arbeitsrechtlichen Vorschriften des Mitgliedstaates unterliegt, in dem sie ihren Sitz hat. Da wir in der EU sehr unterschiedliche arbeitsrechtliche Regelungen haben, z.B. im Vergleich zwischen Deutschland und Rumänien, besteht hier noch Handlungsbedarf. Als konkrete Beispiele sind hier der Mindestlohn, die Wochenarbeitszeit, Urlaubsanspruch und vieles mehr zu nennen. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die EU auch hier über eine soziale Absicherung und einen verbindlichen Mindeststandard an arbeitsrechtlichen Bestimmungen verfügt.

Als Vorbild für Regelungen für eine Europäische Kapitalgesellschaft können z.B. die Regelungen Arbeitnehmer der EU genannt werden. Wichtig ist dabei weiterhin, die Bürokratie so einfach und digital wie möglich zu halten, sodass die europäischen Märkte auch für Startups und junge Gründungen, die oft in die USA auswandern, attraktiv bleiben.

Wie Axel Wenner-Gren, ein schwedischer Unternehmer und Visionär seiner Zeit, schon sagte: "Phantasie und Wirklichkeitssinn lassen sich vereinen. Wo sie zusammenwirken, entsteht Erfolg."

In diesem Sinne liegt es an uns, die Zukunft Europas zu formen. Meine Vision ist es, dass wir in Zukunft von Entrepreneurship sprechen, Entrepreneurship made in Europe. Mit unserer Innovationskraft und den Potenzialen, die wir im Austausch mit Technologie und Academia in der EU haben, liegt es an uns, die Chancen zu ergreifen und ein attraktives europäisches Umfeld für innovative Unternehmungen zu schaffen."



**TEXT: RALF STÜBER (29),** studierter Chemiker, Gründer und Startup Manager bei der KIT-Gründerschmiede, dem Karlsruher Institut für Technologie, wo er Startups in der Frühphase berät. Seine liberale Heimat ist Rheinland-Pfalz. 2024 ist er auf der Europaliste der Liberalen vertreten. Ihr erreicht ihn unter [ralf.stueber@julius.de](mailto:ralf.stueber@julius.de) oder via LinkedIn.

# Europa braucht VERÄNDERUNG. Europa braucht DICH

Wie kandidiert man eigentlich zur Wahl des Europaparlaments? Wie läuft ein Wahlkampf und worauf muss ich vorbereitet sein?

## Ich

bin Celine. Ich bin seit November 2023 Spitzenkandidatin der FDP Bremen zur Europawahl 2024 und stehe auf dem 12. Bundeslistenplatz der FDP. Wie es dazu kam und was das eigentlich bedeutet, darum soll es heute gehen.

Dazu müssen wir zurück ins Jahr 2022. 2022 war europäisch ein Schicksalsjahr, das wissen wir alle. Aber es hat auch unsere europäische Gemeinschaft geweckt und vor allem mich dazu gebracht, mich inhaltlich noch mehr mit europäischen und internationalen Themen zu beschäftigen. Zum ersten Mal war die Freiheit spürbar in Gefahr, Ängste um die eigene Existenz und vor allem Fassungslosigkeit, über die Möglichkeit eines Kriegs in Europa prägten das Bild der Gesellschaft in Deutschland. Bremen steckte mitten in den Vorbereitungen für den Bürgerschafts- und Beirätswahlkampf (für alle nicht Bremer: Landtag & Kommunalwahl), die inhaltliche Arbeit zum Wahlprogramm lief und die Kandidaten wurden aufgestellt und ich wusste, Europa wird mein Thema. Also fleißig Anträge fürs erste Bremer Juli-Wahlprogramm schreiben gegen Antisemitismus, für die Unterstützung der Proteste im Iran und für die Solidarität mit der Ukraine - einbringen, diskutieren, beschließen. Am Ende dann von den Julis das komplette Kapitel zur internationalen Politik ins FDP Wahlprogramm diskutieren und im gleichen Atemzug mit dem ersten Gedanken zur Europawahl spielen.

Bekannte und Freunden fiel meine mehr ausgeprägte Faszination schnell auf und vorallem von parteipolitischen Freunden kam immer häufiger die Anmerkung, dass ich doch für Bremen für Europa kandidieren könnte.

Was für mich am Anfang wie ein Wunsch klang, wurde irgendwie immer konkreter. Irgendwann fängt man an sich ernsthafte Gedanken zu machen, wofür brenne ich? Wie viel Zeit habe ich? Bin ich bereit Freizeit, Familie und alles andere für Monate hinter

einer Kandidatur anzustellen? Am Ende habe ich alle Fragen mit ja beantworten können und die Entscheidung stand fest. Ich möchte für Europa kandidieren.

Anfang 2023 bin ich dann offen und direkt ins Gespräch mit unserem Landesvorsitzenden und unserem Generalsekretär gegangen und habe den Gedanken geäußert, welcher direkt mit großer Begeisterung entgegen genommen wurde. Da jegliche freie Minute zu dem Zeitpunkt dem Wahlkampf galt musste mein Anliegen aber bis Sommer 2023 warten..

Im Spätsommer 2023 beschloss der Landesvorstand der FDP Bremen mit einem offenen Schreiben an die Mitglieder einen Spitzenkandidaten zu suchen. Daraufhin meldeten sich mehrere Personen, die in einem Kandidat hearing die Möglichkeit hatten sich und ihre politischen Ansichten vorzustellen und Fragen zu beantworten. Ziel war es einen Vorschlag aus dem Landesvorstand für die Landesvertreterversammlung zu finden, welche jedoch nicht notwendig ist für eine Kandidatur.

Und da stand ich da nun mit meiner ersten brennenden Rede für Europa und vielen weiteren Kandidaten. Ich konnte mich am Ende gemeinsam mit Elias Fabian Michels (Landeslistenplatz 2) durchsetzen und wurde zum Landesparteitag als Spitzenkandidatin vorgeschlagen. In Bremen stellen wir zwei Kandidaten auf Landesliste auf, die im Team agieren. Das ist in anderen Bundesländern anders, da dort Ort-, Kreis- und Bezirkskandidaten aufgestellt werden und dort verschiedene Ebenen bedient werden. In einem kleinen Bundesland ist das vielleicht auch etwas einfacher als in größeren. Dort ging alles relativ schnell - die zweite richtige Rede, Abstimmung, Gratulation und ein paar Zeitungsartikel später lag der Bundesparteitag vor uns.

Nach vielen Änderungen und einigen Verhandlungen um einen Listenplatz durch meinen Landesvorsitzenden sollte es letztendlich Platz 12 werden. Der beste Platz, den Bremen jemals erreicht hatte.

Nun laufen die Vorbereitungen - Photoshooting, Plakatplanung, Flyerdesign und Standortbestimmung für Großplakate. Langsam geht's los mit den Einladungen für Podiumsdiskussionen und Hintergrundgesprächen.

Also wie kandidiert man nun für Europa? Tritt einer Partei bei, bring dich inhaltlich ein, äußere auf Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene bei Parteifreunden dein Interesse und bereite dich früh genug darauf vor. Finde Themen, die dich interessieren und für die

du brennst, die du ändern möchtest. Schreib Anträge und bring die auf Parteitagen, damit du der Experte für Europa deiner Partei wirst und dann viel Erfolg!

Was bedeutet so eine Kandidatur eigentlich? Vor allem erstmal: Verantwortung. Du stehst in der Öffentlichkeit und Journalisten haben plötzlich Interesse an dir und deinen Aussagen, vor allem bei Social Media. Es bedeutet aber auch, dass du Zeit brauchst. Zeit für Vorbereitung, Zeit für Termine, Gespräche, Meetings und Planung, Zeit um jeden Morgen dich mit allen weltpolitischen Themen zu beschäftigen und Zeit zum reisen, ob nach Berlin zum Bundesparteitag oder zu allen Terminen in deinem Bundesland.

Dazu rate ich dir - fang klein an. Sammle auf hinteren Plätzen zu Bundes- und Landtagswahlen Erfahrung, schau dir Podiumsdiskussionen an und nimm selbst an welchen Teil. Dazu vorher immer gut mit der aktuellen politischen Lage beschäftigen und die Beschlusslage der FDP kennen. Man darf immer eine private Meinung haben, muss diese dann als das aber auch kennzeichnen. Ansonsten gilt: Übung macht den Meister. Wir alle haben klein angefangen und niemand war perfekt am Anfang. Traut euch, seid mutig und positiv! Steht zu euch, euren Ideen und eurem Vorhaben. Sucht euch Verbündete für ehrliche Einschätzungen und seht Kritik als Chance, aber lasst sie nie zu nah an euch ran. Wenn ihr eine Person nicht um Rat fragen würdet, dann braucht ihr die Kritik auch nicht. Beschäftigt euch aber auch mit euren öffentlichen Profilen - diese werden von Journalisten auseinander genommen. Habe ich irgendwas gepostet in der Vergangenheit, was ich ggf. heute nicht mehr so sehe oder gibt es Dinge, auf die ich nicht angesprochen werden möchte? Schaut es euch an und dann wird alles!



**TEXT: CELINE EBERHARDT (25),** ist Leiterin des Bundesarbeitskreises Arbeit und Soziales der Jungen Liberalen. Sie ist Spitzenkandidatin der FDP Bremen zur Europawahl 2024 und kandidiert auf Bundeslistenplatz 12. Ihr erreicht sie unter: [celine.eberhardt@julius.de](mailto:celine.eberhardt@julius.de)



## Braucht Europa eigene Atomwaffen?

# Ja!

Seit mittlerweile zwei Jahren herrscht ein brutaler Angriffskrieg in Europa, die Welt ist in Aufruhr und Olaf Scholz hadert immer noch mit Taurus Lieferungen in die Ukraine.

Bei seiner Rede an die Nation hat Wladimir Putin vor Kurzem mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht.

Dass sich in den USA Donald Trump für die kommende Präsidentschaftswahl warm läuft, beruhigt die Lage nicht sonderlich, eher im Gegenteil. Hier müssen wir uns die Frage stellen, inwiefern wir uns auf die USA als Partner in Verteidigungsfragen in Zukunft verlassen können.

Fest steht eins: Unsere geopolitische Lage ist alles andere als einfach. Wir JuLis stehen für Freiheit, Sicherheit und Frieden in der Europäischen Union. Genau deswegen ist die Diskussion über europäische Atomwaffen eine wichtige Diskussion, vor der wir uns nicht scheuen dürfen, ganz im Gegenteil.

Klar ist, dass eine EU, die eigenständig für

ihre Sicherheit sorgen kann, die NATO zu einer strategisch ausgewogeneren Kräfteverteilung befähigen würde. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Atommächte unserer Erde nach dem 2. Weltkrieg sich nicht mehr gegenseitig angegriffen haben. Das langfristige Ziel sollte eine Europäische Armee bilden, in welche die französischen Atomwaffen integriert werden, um einen eigenen, richtigen, Nuklearschuttschirm über Europa aufzuspannen. Atomwaffen dienen vor allem zur Abschreckung, ein EU-Arsenal würde also unsere Abschreckungswirkung erhöhen, denn das Besitzen von Atomwaffen kommt nicht automatisch dem wünschenswerten Einsatz dieser Waffen gleich. Ebenfalls würden etwaige Anschläge auf das Territorium der EU unwahrscheinlicher und Nuklearschläge könnten im Fall der Fälle angemessen erwidert werden. Ein glaubwürdiges nukleares Abschreckungspotenzial könnte potenzielle Aggressoren davon abhalten, militärische Abenteuer zu unternehmen oder eine sicherheitspolitisch aggressive Politik zu verfolgen.

Als Liberale sprechen wir immer wieder von der Europäischen Union als das größte Friedensprojekt, doch wenn das weiterhin so sein soll, sind europäische Atomwaffen wichtig, um Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent zu gewährleisten.

Darüber hinaus würde unsere strategische Souveränität gestärkt werden, indem eine gemeinsame europäische Teilhabe die militärische Abhängigkeit Europas von den USA drastisch reduziert wird. Die EU würde sowohl strategisch als auch diplomatisch gestärkt werden, sowie international in sicherheitspolitischen Fragen eine größere Rolle spielen. Auch eine Stärkung der NATO ist ein wichtiger Effekt, der durch europäische Atomwaffen eintreten würde, denn langfristig wird sich die NATO auch auf China konzentrieren müssen. Wenn die EU in der Lage ist, selbstständig für die eigene nukleare Sicherheit zu sorgen, können amerikanische Fähigkeiten vermehrt im Pazifik eingesetzt werden. Insgesamt wird das Bündnis dadurch gestärkt.

Zweifelsohne müssen wir hier eine Abwägungsentscheidung treffen. Wenn es jedoch um die Verteidigungsfähigkeit unseres Kontinents geht, müssen wir besonders in der aktuellen Zeit ergebnisoffen diskutieren und dürfen nichts pauschal ausschließen.

Nur wer sich selbst verteidigen kann, kann die Gegner unserer liberalen Demokratie erfolgreich abschrecken.

# Nein!

Was haben Katharina Barley, Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl 2024, Ex-Außenminister Joschka Fischer, Macron und Jaróslaw Kaczynski, Vorsitzender der polnischen PiS Partei, gemeinsam? Richtig: Sie alle haben sich für eine europäische Atombombe ausgesprochen. Alle Jahre wieder, meist kurz vor einer Wahl, geht ein Gespenst um in Europa. Von von der Leyen's europäischem Flugzeugträger bis zur viel bemühten europäischen Atombombe, gerne reden Spitzenpolitiker in Europa über großes in der Verteidigungspolitik. Insbesondere, wenn sie auffallen wollen. Leider ist das Resultat ähnlich verlässlich wie das Wiederaufkommen der Forderung. Den in jedem der Fälle passierte, nach fulminanter Forderung, nichts. Mittlerweile muss unterstellt werden, dass das ganze System hat. Wo ein Franz Josef Strauß in Zeiten des kalten Krieges noch tatsächliche Sicherheitsinteressen im Sinn hatte, wenn er eine deutsche Nuklearwaffe forderte, fehlt dieses Interesse heute. Den anders als damals könnten europäische Streitkräfte heute ihre Feinde auch konventionell stellen. Die erdrückende Übermacht des Warschauer Pakt in Geräte und Personal ist längst passé. Mit ihr gingen allerdings auch die Soldaten, das Gerät und das Geld der meisten europäischen NATO Staaten. Allerdings nicht die Fabriken, die Chemie und Stahlindustrie. Rheinmetall steht jederzeit bereit, und hat wiederholt versichert, sollte die Politik langfristige Verträge abschließen, produzieren neue Fertigungsstätten in Monaten. Nur Barleys Parteikollegin Lambrecht schien das nicht zu wissen, als sie nach dem Februar 2022

erst einmal ein Jahr lang keinerlei Artilleriemunition nachbestellte. Gäbe es also ein tatsächliches Interesse an einer militärischen Selbständigkeit Europas vor, wäre die Liste an Maßnahmen lang. Von Seite der Industrie gibt es kein Hindernis für ein militärisch unabhängiges Europa. Von einer Vereinheitlichung der Bewaffnung bei den Armeen der Mitgliedstaaten der EU, einer Festlegung auf gemeinsame Sprachen bis hin zu nationalen Maßnahmen wie der auskömmlichen Finanzierung der Bundeswehr gibt es auch mehr als genug politische Optionen. Eventuell könnte Barley mit ihrem eigenen Bundeskanzler darüber reden, wie aus Zwei Prozent und Sondervermögen klammheimlich Zwei Prozent durch Sondervermögen wurde. Oder, noch besser, mit dem Fraktionsvorsitzenden ihrer Partei im Bundestag, Rolf Mützenich, welcher im Wahlkampf 2021 ohne Not und Grundlage ein Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe forderte. Und dazu steht er nach wie vor. Aber solange Barley ihren Vorstoß nicht einmal mit ihm abspricht, kann man getrost davon ausgehen, dass Sie, so wie all die vielen zuvor, nicht das Ziel hat, die deutsche und europäische Kriegstüchtigkeit sicherzustellen. Sondern nur, einmal mehr in den Medien stattzufinden.



**TEXT: ANNA HEIMANN (17)**  
macht in diesem Frühjahr ihr Abitur und ist Beisitzerin im Landesvorstand der JuLis NRW sowie Leiterin des Bundesarbeitskreis Offene Gesellschaft. Im Sommer findet ihr Anna oft auf dem Tennisplatz. Ihr erreicht sie unter [anna.heimann@julis-nrw.de](mailto:anna.heimann@julis-nrw.de).



**TEXT: FLORIAN RATZEL (25)**  
kommt aus Heidelberg, Baden-Württemberg. Er leitet den Landesarbeitskreis Außen, Europa und Verteidigung der JuLis BW, und studiert Economics. Ihr erreicht ihn unter: [Ratzel@julis.de](mailto:Ratzel@julis.de)



# DIE VISION EUROPA IM VERTEIDIGUNGSSEKTOR

Deutschland ist „Bedingt abwehrbereit“ titelt Der Spiegel im Herbst 1962. Die Dimensionen dieser Veröffentlichung sollten in der jungen Bundesrepublik historische Ausmaße annehmen.

**E**in Artikel über die eingeschränkte Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sorgt für Empörung in der Regierung. Probleme in der Bundeswehr, namentlich die schlechte Ausrüstung, welche die Abwehrmöglichkeiten erheblich einschränke, werden zur Sprache gebracht. Verantwortlich dafür sei der damalige Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU), welcher Konsequenzen zieht: ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats gegen die verantwortlichen Redakteure. In weiterer Folge löst die Spiegel-Affäre die größte innenpolitische Krise in der Geschichte der Bundesrepublik, in deren Zuge alle FDP-Minister geschlossen ihre Ämter niederlegen, aus.

## DIE BUNDESWEHR HEUTE - ABWEHRBEREIT ODER NICHT?

Damals war die Bundeswehr seit sieben Jahren wiederbewaffnet. Doch wie steht es jetzt um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands? Personalmangel und sinkende Verteidigungsausgaben sorgen für Probleme. Deutschland gab in der Spitze 1963 4,9% des BIP für seine Streitkräfte aus. Nun sind es nur noch 1,4%, doch das Ziel der NATO liegt mit 2% höher. Eine Finanzierungslücke, die man sich bis jetzt zwar leisten konnte, aber nicht sollte. Außerdem steht die zwar hochmoderne, aber ebenso hochanfällig Ausrüstung immer



wieder in der Kritik. Von Puma-Panzer bis hin zu warmer Kleidung. Verfehlungen im Beschaffungsumfeld sorgen für regelmäßige Schlagzeilen in der Medienwelt.

Vor diesem Hintergrund und gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten sind multilaterale Bündnisse unverzichtbar. Mit der NATO haben wir ein Bündnis von 31 (mit der Aufnahme von Schweden hoffentlich bald 32) Staaten, welche fest entschlossen sind, jeden Zentimeter NATO-Territorium zu verteidigen. Es ist für alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen eine Sicherheitsgarantie, denn die NATO-Mitglieder zusammengenommen sind Russlands militärischer Macht zumindest zahlenmäßig deutlich überlegen.

## EINE EUROPÄISCHE ARMBEE ALS LÖSUNG?

Seit 2022, genau genommen sogar seit 2014, herrscht wieder Krieg in Europa. Aus diesem Grund rücken auch die inner-europäischen Sicherheits- und Verteidigungsbemühungen in den Vordergrund. Mit dem Ziel der Selbstverteidigung gibt es bereits seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts Verträge zwischen europäischen Staaten. So wurde bis 1952 ein Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten ausgehandelt, welcher als Kernelement die damals noch als radikal empfundene Idee einer Europäischen Armee aufwies. Letztendlich wurde nichts aus diesem Vertrag, doch die Idee ist geblieben.

Eine europäische Armee als Teil der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) ist nach wie vor kontrovers diskutiert, da einige Mitgliedsstaaten einen Souveränitätsverlust fürchten, wenn sie Verteidigungskompetenzen an einen etwaigen EU-Verteidigungsministerium abgäben. Den Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Staaten zu begegnen und einen Kompromiss auszuhandeln ist eine sehr schwierige Aufgabe. Auch der bürokratische Aufwand wird häufig als Gegenargument vorgebracht, wobei sich durch effizienteres Handeln im Zuge einer Zusammenlegung womöglich sogar Kosten einsparen ließen.

Die Vorteile einer Europäischen Armee liegen auf der Hand. Durch eine koordinierte Zusammenarbeit der europäischen Staaten und Kooperation miteinander kann das Ziel der kollektiven Sicherheit besser gewährleistet werden, denn mit gebündelten Kräften können etwaige Schwächen einzelner Staaten ausgeglichen werden. Ebenfalls

könnte gemeinsamen Bedrohungen auch gemeinsam in einer intereuropäischen Einheit entgegengetreten werden, um diese im Ernstfall effektiver zu bekämpfen. In der Folge würde die Europäische Union als Ganzes widerstandsfähiger gegenüber geopolitischen Bedrohungen sein.

Des Weiteren würde eine Europäische Armee die EU ein Stück weit unabhängiger von der NATO machen. Wir können uns im Bündnisfall auf unsere NATO-Partner verlassen, doch wie lange dies der Fall sein wird, wird die Zukunft zeigen, denn innerhalb der NATO gibt es zahlreiche Konflikte. Die divergierenden Sicherheitsinteressen der einzelnen Staaten führen zu Uneinigkeiten bei politischen Entscheidungen. Eine komplizierte Beziehung haben zum Beispiel Griechenland und die Türkei. Territoriale Streitigkeiten innerhalb des Sicherheitsbündnisses stellen grundsätzlich eine potenzielle Gefahr dar. Offen bleibt auch, inwiefern eine weitere Amtszeit von Donald Trump die Verhältnisse innerhalb der NATO beeinflussen würde. Eine Europäische Armee als Ergänzung zur NATO würde der Europäischen Union mehr Handlungsfähigkeit in internationalen Fragen verschaffen und so ihre Bedeutung als Global Player im globalen Wettbewerb stärken. Insgesamt handelt es sich bei der Europäischen Armee um eine ambitionierte, aber lohnenswerte Initiative. Durch die Stärkung der europäischen Sicherheitsstruktur profitieren wir langfristig und können unsere Position in der Welt, insbesondere in Bezug auf Russland, behaupten.

## LAUFENDE PROJEKTE

Aktuell existieren bereits mehrere europäische Initiativen, die in Zukunft in einer europäischen Armee aufgehen könnten. Mit der Permanent Structured Cooperation (PESCO), zu Deutsch Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, existiert ein Bündnis, welches 25 EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, sowie die Nicht-EU-Mitglieder Norwegen, Kanada und die USA in einem gemeinsamen Projekt mit vielfältigen Zielen eint. So verpflichten sich die Bündnispartner unter anderem dazu, die Rüstungsausgaben zu erhöhen, Interoperabilität der Streitkräfte und Waffensysteme herzustellen und im Cyberdefence-Sektor zusammenzuarbeiten.

Außerdem beinhaltet PESCO die Bereitstellung von Einsatztruppen und Logistik für ein weiteres EU-Projekt, nämlich die EU-Battlegroups. Diese werden für ein halbes

Jahr aufgestellt und bestehen aus verschiedenen Truppenarten unterschiedlicher Nationen, welche sich rotierend abwechseln. Ziel der Battlegroups ist es, schnell verlegbar zu sein und so im Krisenfall die Voraussetzungen für eine UN-Mission zu schaffen. Dabei reichen die Mittel von humanitärer Hilfe bis hin zu militärischen Anfangsoperationen. Die EU-Battlegroups sind ein Paradebeispiel für erfolgreiche multinationale Kooperation unter europäischen Streitkräften.

Darüberhinaus existiert seit 1992 das Eurokorps, welches als Teil der NATO Response Force fungiert. Darin beteiligen sich aktuell Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Luxemburg und Polen, doch es steht allen EU- und NATO-Mitgliedern offen. Es stellt eine Ergänzung zur NATO dar und koordiniert europäische Beteiligungen an Missionen. In der Vergangenheit nahm das Eurokorps unter anderem an Einsätzen in Afghanistan und Mali teil und stellte dort seine supranationale Koordinationsfähigkeit unter Beweis.

## STREITBAR ALS EUROPA

Die laufenden Projekte zeigen, dass eine gemeinsame europäische Zusammenarbeit auch im Verteidigungssektor möglich ist. Sind die anfänglichen Schwierigkeiten von Einstimmigkeit und Bürokratie erst einmal überwunden, entsteht eine Einheit, welche koordiniert und effizient ungeachtet der einzelnen Nationalitäten agiert. Eine gemeinsame europäische Armee ist also keineswegs ein Projekt, das zum Scheitern verdammt ist. Im Gegenteil, es ist ein Projekt, welches das Potenzial hat, Europas Sicherheitsstruktur nachhaltig zum Besseren zu verändern.



**TEXT: MAXIMILIAN SWENTY (18)** macht aktuell sein Abitur nahe Braunschweig und setzt sich in seiner Freizeit für liberale Werte ein. Für spannende Debatten über kontroverse Themen erreicht ihr ihn unter [maximilian.swenty@julius.de](mailto:maximilian.swenty@julius.de)

# ORBÁN UND DIE EU – LIBERAL GESTARTET, ILLIBERAL GELANDET

# V

on 1998 bis 2002 und seit 2010 regiert Viktor Orbán in Ungarn, somit ist er der dienstälteste Regierungschef innerhalb der EU. Gestartet als liberaler Hoffnungsträger, gelandet als illiberaler Autokrat. Die EU scheint lange machtlos gewesen zu sein, die Hilfgelder aus dem Corona- Wiederaufbaufonds wurden zwar blockiert – jedoch hat die von der Leyen Kommission vor kurzem mit einer (zumindest teilweisen) Auszahlung der Gelder nach Budapest (10,2 Milliarden EUR) begonnen und weite Teile des EU-Parlaments gegen sich aufgebracht. Kompromissbereit zeigt sich Orbán nur bei (angedrohten) Einfrieren von EU-Geldern, oder kurz vor einer alleinigen Kaffeepause während einer Sitzung des Europäischen Rates.

## ORBÁN – DER REVOLUTIONÄR

Am 16. Juni 1986 hielt Viktor Orbán auf dem Budapester Heldenplatz eine Rede, die bis heute nachwirkt. Darin sprach er sich als der Sprecher der Universitätsjugend für den Abzug der in der Volksrepublik Ungarn stationierten sowjetischen Truppen aus. Die Rede brachte ihn viel Bewunderung und

auch Kritik ein. Er war der Verfechter für ein liberales Ungarn, so richtete er auch seine Partei Fidesz – Ungarischer Bürgerbund aus. Nach seiner verlorenen Wahl 2002 schwor er sich, bei einem erneuten Wahlsieg nicht mehr die Macht abzugeben. Seit 2010 hat Viktor Orbán Ungarns Staatswesen massiv umgebaut. Das System Orbán führte somit unweigerlich zu Konflikten mit der EU. 2013 war vermutlich die letzte Ausfahrt vor der Autokratie, die die Europäische Union unzureichend genutzt hat. Die Regierung Orbán änderte umfangreich die Verfassung, u. a. senkte sie die Amtszeit und Anzahl der Verfassungsrichter, förderte die Kontrolle der Regierung über die Medien und änderte das Wahlrecht zu Gunsten der Regierungspartei. Ungarn braucht die EU

Seit dem Beitritt zu EU hat sich Ungarn ökonomisch positiv verändert. Ungarn ist Nettoempfänger von EU-Geldern, diese werden mit Schwerpunkt in die Infrastruktur investiert. Autobahnen, Eisenbahnlinien, Fahrradwege wurden erneuert. Mittlerweile ist die Infrastruktur schon in einem besseren Zustand als in weiten Teilen Deutschlands. Die Anfälligkeit für Korruption im Bausektor ist sicherlich eine Binsenweisheit, in Ungarn hat die Problematik außerordentliche Züge angenommen. So ist der reichste Ungar Lőrinc Mészáros, ein Freund Orbáns, der gelernte Gasinstallateur ist heute ein Bau- und Medien Tycoon mit einem geschätzten Vermögen von 1,3 Mrd. US- Dollar. Auch während der weltweiten Finanzkrise erhielt Ungarn,

welches deutlich in Schieflage geraten war, Zahlungshilfen von EU und IWF.

## DAS MODELL HÓDMEZÓVÁSÁRHELY

Die ungarische Stadt Hódmezővásárhely ist ein bekanntes Beispiel für Korruption in Ungarn. Im Jahr 2010, kurz nach der Wiederwahl von Orbán, wurde der Auftrag für die Modernisierung der Beleuchtung erstmals in Ungarn ausgeschrieben. Das Unternehmen, das den ersten Zuschlag erhielt, war Elios, das zu dieser Zeit im Besitz von István Tiborcz, dem Schwiegersohn von Orbán, war. Elios war schließlich für die Modernisierung von Straßenlaternen in ganz Ungarn verantwortlich. Später bemängelte die EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF (Ungarn hat die Mitarbeit bei OLAF nicht ratifiziert), dass Elios minderwertige Laternen zu überhöhten Preisen im Gesamtwert von 40 Millionen Euro installieren durfte.

## UNGARNS TRANSFORMATION – WIRTSCHAFTSMODELL À LA FIDESZ

Großer Profiteuer der ungarischen Transfor-

**Bild:** Ungarisches Parlamentsgebäude in Budapest

mation vom Kommunismus zu Marktwirtschaft ist sicherlich die deutsche Wirtschaft. Hinsichtlich der Transformation ist der Wandel in den Staaten des ehemaligen sowjetischen Einflussbereichs sehr unterschiedlich vonstattengegangen. In Deutschland profitiert stark der Automotive-Sektor von den wirtschaftlichen Disparitäten. Alle großen deutschen Automobilkonzerne haben ein Werk in Ungarn. Produziert werden Autos der Kompaktklasse. Durch die geringen Margen gerade bei den Klein- und Kompaktklassen lohnt sich das Offshoring nach Ungarn. Personalkosten sind deutlich geringer als in Deutschland. Mittelgroße ungarische Städte sind somit auch zukünftig sehr abhängig auch vom Erfolg der Automobilindustrie. Ganze Schulen und Universitäten sind finanziert von deutschen Autobauern. Auch BYD, der chinesische E-Autobauer, plant ab 2027 Autos in Ungarn zu bauen. China versucht auch mit dem Bau einer Universität in Budapest seinen Einfluss in Ungarn – und damit in Europa zu erhöhen. Orbán und die Fidesz haben die ungarische Wirtschaft nach vorne gebracht, jedoch ohne zu diversifizieren. Zudem sind keine hochbezahlten Jobs in Entwicklung o. Ä. entstanden. Nach wie vor verlassen viele gut ausgebildete Ungarn das Land – vor allem Richtung Österreich. In den letzten Jahren versucht die Regierung, stärker protektionistisch aufzutreten. So wurde eine Einzelhandelssteuer eingeführt, die ab einem gewissen Jahresumsatz gilt. Ziel sind zwei deutsche Discounterketten. Gefördert werden soll der kleine unga-

rische Einzelhandel im Lebensmittelbereich. Das Gesetz verstößt somit nicht gegen den EU- Binnenmarkt. Dies ist nur ein Beispiel, wie Orbán versucht, Gesetze neutral und allgemeingültig zu deklarieren. Jedoch immer bestimmte ausländische oder ungewünschte Unternehmen/ Institutionen trifft. Das Gesetz zur Beschränkung der Information über Homo- und Transsexualität (LGBTQ-Gesetz) funktioniert nach ähnlichem Muster, geschützt werden sollen unter den Deckmantel des Jugendschutzes Kinder vor Information über Homo- und Transsexualität.

## DIE EU ALS FEINDBILD

Die ungarische Regierung braucht die EU nicht nur als Geldgeber sondern auch als Feindbild. Alles, was nicht gut funktioniert, wird Brüssel in die Schuhe geschoben, wie die außerordentlich hohe Inflation in Ungarn. Regelmäßige populistische Umfragen über Brüssels Politik, zuletzt gegen die Russland-Sanktionen (Stoppt die schädlichen Sanktionen Brüssels) sowie Plakat- Kampagnen sind bekannte Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit der Fidesz- Regierung. Orbán nutzt das Narrativ der „Brüsseler Elite“, dessen einziger Gegenspieler er ist. Erstaunlicherweise ist immer noch eine deutliche Mehrheit der Ungarn Pro- EU eingestellt, diese liegt ähnlich hoch wie in Deutschland.

## UNGARN UND DIE EU – EIN AUSBLICK

Orbán plant eine neurechte Wende innerhalb der EU, er will die Nationalstaaten stärken und das EU-Parlament am liebsten auflösen. Das Mathias Corvinus Collegium (MCC) ist eine Denkfabrik und Bildungseinrichtung der Fidesz, dass zusammen mehr Staatsgelder erhält als alle ungarischen Hochschulen zusammen. Hier sollen junge Ungarn patriotisch und vermutlich auch nationalistisch auf die Zukunft vorbereitet

werden. Orbán unterstützt Trump beim US-Präsidentenwahlkampf und gilt als Putin-Versteher. Der ungarische Ölkonzern Mol (Magyar Olaj- és Gázipari Nyilvánosan működő Részvénytársaság) macht dank billigen russischen Öl Milliarden Gewinne. Der Vorstand ist Orbán-treu.

Hoffnung macht der Bürgermeister der Hauptstadt Budapest, Gergely Karácsony. Er gehört einer der Oppositionsparteien Ungarns an und gewann die Bürgermeisterwahl 2019 gegen den Fidesz- Amtsinhaber. Insgesamt ist die Opposition in Ungarn jedoch zu klein und zu zersplittert. Stand heute kann sich die Regierungspartei Fidesz nur selbst erledigen. Aktuell erschüttert ein Missbrauchsskandal das Land, welches die ungarische Staatspräsidentin Katalin Novák und Justizministerin Judit Varga zu Fall brachte. Letztere war auch Fidesz-Spitzenkandidatin für die kommende Europawahl. Ihr Ex-Mann hat die Nase von dem Fidesz-Sumpf scheinbar gestrichen voll, nun hat er einen berühmten ungarischen Youtuber (Fernsehen und Zeitungen sind bekannterweise in Orbáns Hand) schwere Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung vorgebracht. Ausgang ungewiss.



**TEXT: SEBASTIAN SCHULZE BISPING (33)** arbeitet aktuell als Referatsleiter bei einem Spitzenverband der Deutschen Wirtschaft in Berlin. Zuvor studierte er von 2019 bis 2022 International Economy and Business in Budapest. Vor seinem Masterstudium war er als IT-Consultant tätig und von 2014 bis 2019 Kreisvorsitzender der Julius im Kreisverband Coesfeld. Du erreichst ihn unter **sebastian.bisping@andrassyuni.hu**

# Wahlrecht ab **16** bei der Europawahl **BRAUCHT'S DAS ÜBERHAUPT?**



„Junge Menschen sind nicht reif genug“, „gar nicht in der Lage, sich eine fundierte Meinung zu bilden und dafür Verantwortung zu tragen“ oder „interessieren sich gar nicht für politische Vorgänge.“ Diese und viele weitere Argumente hört man oft von Gegnern, die sich gegen eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahren, sei es auf Landes-Bundes- oder Europaebene aussprechen. Doch was ist da dran? In diesem

Artikel möchte ich aufklären und zeigen, dass eine Herabsenkung eine wertvolle Möglichkeit darstellt, die Demokratie zu festigen und zukunftsfähig zu machen und welche Chancen sich für die anstehende Europawahl am 9. Juni ergeben.

Zahlreiche Studien zeigen auf, dass das politische Interesse oder auch das politische Wissen von 16- und 17-Jährigen keineswegs niedriger ausfällt, als dies bei 18- oder 19-Jährigen der Fall ist. Ebenso verhält sich das Ergebnis auf psychologischer Ebene bei der Qualität der Wahlentscheidungen. Eine Wahlentscheidung gilt dabei als gut, wenn der Proband in Abhängigkeit von seiner eigenen politischen Meinung so wählt, dass er möglichst optimal repräsentiert wird. Das eindeutige Fazit mehrerer Studien ist, dass auch 16- und 17-Jährige in der Lage sind, gute Wahlentscheidungen zu treffen. In einem Vergleich von den Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 zwischen 16- bis 17-Jährigen mit denen von 18- bis 75-Jährigen ergibt sich so gut wie kein Unterschied. Ein Indiz, dass auch für die Standhaftigkeit, die

Überzeugung und für das Auseinandersetzen mit politischen Inhalten spricht. Des Weiteren argumentieren zahlreiche Experten, wie Prof. Dr. Hurrelmann, dass bereits in der Altersspanne zwischen zwölf und 14 Jahren bei fast allen Jugendlichen ein intellektueller Entwicklungsschub stattfindet, der sie dazu befähigt, abstrakt, hypothetisch und logisch zu denken. Parallel hierzu steigt in dieser Altersspanne auch die Fähigkeit an, sozial, moralisch und politisch zu denken und entsprechende Urteile abzugeben. Reife im Sinne einer Urteilsfähigkeit sei in diesem Alter gegeben. Zudem wird im Jugendalter im Rahmen diverser Fächer der Zugang zur Auseinandersetzung mit politischen Themen niederschwellig in der Schule ermöglicht.

Doch genug mit den theoretischen Einblicken- welche Chancen ergeben sich nun konkret im Bezug auf die Europawahl? Mit dem Beschluss vom 10. November 2023 des Deutschen Bundetags, das Mindestwahlalter für das aktive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament künftig auf 16 Jahre abzusenken, haben nun zusätzlich etwa 1,4 Millionen junge Menschen die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben. Dies hat in erster Linie positive Effekte auf die Wahlbeteiligung, welche als Indikator einer intakten Demokratie gilt. Repräsentative Statistiken aus Bundesländern, in welchen bereits das Wahlalter auf 16 Jahre bei Landtagswahlen abgesenkt wurde, belegen, dass bei den 16- und 17-Jährigen keinesfalls niedrigere Wahlbeteiligungsraten als bei der nächstälteren Gruppe aufzuweisen sind, an vielen Stellen dagegen sogar – teils deutlich – höhere. So nahmen 2019 beispielsweise von den 16- und 17-jährigen Brandenburgern 58 Prozent an der Landtagswahl teil, von den 18- bis 20-jährigen nur 48,2 Prozent. Ähnliches zeigen auch Ergebnisse aus Österreich: Junge Menschen ab 16 Jahren haben bei den ersten möglichen nationalen Wahlen 2008 und 2013 häufiger an Wahlen teilgenommen haben als Altersgruppen, die schon vor Herabsetzung des Wahlalters wahlberechtigt waren. Die wesentlichsten Aspekte des Wahlalters ab 16 für Europa jedoch sind, dass junge Menschen intensiver in demokratische Prozesse eingebunden werden, sich besser repräsentiert fühlen und über die Politik von morgen mitentscheiden dürfen. Es steht fest, dass die Jugend so politisiert ist wie selten; sei es bei Demonstrationen wie Fridays for Future oder dem Einsatz für die Ukraine oder Israel. Laut einer Studie der Vodafone Stiftung ist es 80 Pro-

zent der jungen Menschen in Deutschland wichtig, Politik mitbeeinflussen zu können. Unabhängig von Alter, Geschlecht oder Bildungshintergrund ist die Mehrheit junger Menschen (73 Prozent) aber unzufrieden damit, wie ihre Anliegen von der Politik berücksichtigt werden. Dieser Entwicklung kann mit dem Wahlalter ab 16 entgegen gewirkt werden! Je früher junge Menschen in unser demokratisches System und unser Europa integriert werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie als Wähler und Verfechter unseres Europas erhalten bleiben. Dies belegt auch eine Jugendumfrage des Europäischen Parlaments, die aufzeigt, dass der Großteil der europäischen Jugend das Mitwählen bei Wahlen und Werte wie Meinungsfreiheit als extrem wichtig erachten. Eine weitere Eurobarometer-Umfrage belegt außerdem ein wachsendes gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen; so bringt sich eine Mehrheit der europäischen, jungen Menschen (62 Prozent in Deutschland) aktiv in die Gesellschaft ein und war in einer oder mehreren Jugendorganisationen engagiert. Wer sich einbringt oder sich sogar schon in einer Ausbildung befindet und mit seinen Steuerabgaben unser Sozialsystem mitfinanziert, hat auch ein Recht auf parlamentarische Repräsentation. Besonders, da die richtungsweisenden Entscheidungen für die Politik von morgen bereits heute getroffen werden.

Generationengerechte Politik und damit ein inklusives, zukunftsfähiges Europa kann nur mit demokratischem Einbezug derer, die von jenen Entscheidungen am meisten bzw. am längsten betroffen wären, gestaltet werden. Die junge Generation hat ein Anrecht darauf, in die großen Fragen von heute und morgen miteinbezogen zu werden, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der daraus resultierenden, wachsenden Stimmkraft der älteren Generationen! Und dies geht am besten und effektivsten über das Wahlrecht und die Möglichkeit, die Zukunft in Form seiner Stimme zu formen. Damit einhergehend steigt auch die Auseinandersetzung mit den Europawahlprogrammen der Parteien und dem Aufbau bzw. der Wirkweise des Europäischen Parlaments, was sich positiv auf die politische Bildung auswirkt und mangelnder Transparenz und Informiertheit Abhilfe schafft.

Ergeben sich aus diesen allgemeinen Aspekten auch Chancen für uns als Freie Demokraten bei der Europawahl? Definitiv! Es ist kein Geheimnis, dass die FDP große Chancen und

Potentiale bei den Jung- und Erstwählern hat, sei es bei der Bundestagswahl oder der Europawahl. So konnten wir bei der Bundestagswahl 2021 das beste Ergebnis unter den Erstwählern verzeichnen, auch bei der Europawahl 2019 schlug sich die FDP im Vergleich nicht schlecht. Eine besonders gute Chance können wir uns über gezielte Mobilisierungsmaßnahmen verschaffen: Der Großteil der Jungwähler entscheidet erst kurz vor dem oder erst am Wahltag selbst, ob sie Gebrauch von ihrer Stimme machen wollen oder nicht. Am Ende kann ein kleiner Impuls ausreichen, jene Wählergruppe, die wir auch vorrangig als Junge Liberale ansprechen wollen, zum Wählen zu motivieren. Studien aus der USA und Norwegen zeigen, dass beispielsweise Erinnerungsnachrichten in Form von SMSs eine durchaus zielführende Wirkung entfalten können.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Wahlrecht ab 16 Jahren ein wichtiger und richtiger Schritt in Richtung zukunftsfähiges, modernes generationengerechtes Europa ist. Wie sich in unseren Beschlusslagen manifestiert, halten wie die Absenkung des Wahlalters auf 16 schon lange für erforderlich, um nicht einen Teil der Gesellschaft von politischen Grundsatzentscheidungen auszuschließen.

Ab 16 bzw. 14 Jahren können junge Menschen einer Partei beitreten und als vollwertige Mitglieder an der Europapolitik aktiv teilnehmen. Zudem ist es Teil unseres liberalen Wertebildes, jungen Menschen symbolisch die Hand zu reichen, sie in diesen Kern unseres demokratischen Systems miteinzubeziehen und ihnen das vornehmste Recht in einer Demokratie zu gestatten. Zumal auch andere EU-Staaten wie Belgien, Malta, Griechenland und Österreich 16- und 17-Jährigen das Wahlrecht einräumen. In diesem Sinne: Wann Wahlrecht ab 16 zur Bundestagswahl?



**TEXT: LUKAS WEBER (18)**  
ist Abiturient aus Regensburg und Co-Vorsitzender des Kreisverbands Regensburg. Du erreichst ihn unter [kontakt.lweber@gmail.com](mailto:kontakt.lweber@gmail.com).



# BERLIN BILLIGT BUBATZ?

# A

Am Freitag, dem 23. Februar 2024, billigte der Bundestag einen durchaus besonderen Gesetzesentwurf der Bundesregierung – denn dieses Mal ging es nicht um ein Sondervermögen für die Bundeswehr, neue Hilfen für die Ukraine oder das Wachstumschancen-gesetz, sondern um die Legalisierung von Cannabis.

Bei der Umsetzung dieses bereits im Koalitionsvertrag festgehaltenen Vorhabens scheint es sogar eine ungewohnte Harmonie unter den Ampelparteien zu geben: Vorgeschlagen durch das von Lauterbach und damit SPD geführte Gesundheitsministerium und von Grünen und FDP schon allein aus parteipolitischen Gründen unterstützt, gab es bis jetzt noch keinen Ampel-Politiker, der das neue Gesetz öffentlich kritisiert hätte – in dieser Koalition nicht unbedingt selbstverständlich.

Der Gesundheitsminister stellte auch bereits das Grundgerüst der Legalisierung vor: Ab dem ersten April dürfen Erwachsene bis zu 50 Gramm Cannabis für den Eigenkonsum besitzen und im öffentlichen Raum maximal 25 Gramm davon bei sich führen. Außerdem wird der private Eigenanbau von 3 Pflanzen gestattet. Vom ersten Juli an sind zudem sogenannte „Anbauvereinigungen“ erlaubt, die aus bis zu 500 Mitgliedern bestehen und gemeinschaftlichen, aber nicht

gewerblichen, Anbau betreiben können. So soll eine Weitergabe an die Mitglieder ermöglicht werden, wobei durch den Staat gleichzeitig Qualität und THC-Gehalt kontrolliert werden können.

Ein weiterer Punkt, auf welchen Herr Lauterbach ausdrücklich hinwies: Der Jugendschutz. Bekanntermaßen sind Kinder- und Jugendliche bei Drogenkonsum besonders großen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, daher soll es zu deren Sicherheit einige besondere Maßnahmen geben. Beispielsweise darf in einem Bereich von 100 Metern rund um Schulen, Spielplätzen sowie anderen Kinder- und Jugendeinrichtungen kein Cannabis konsumiert werden und die Abgabe an 18- bis 21-Jährige durch Anbauvereinigungen ist ebenfalls beschränkt – sowohl in der Menge als auch im THC-Gehalt. Zudem soll in mehreren Aufklärungskampagnen auf die gesundheitlichen Folgen und Probleme aufmerksam gemacht werden. Ob diese Maßnahmen bei gleichzeitiger Legalisierung den Konsum durch Kinder und Jugendliche wirklich begrenzen können, erscheint fraglich. Bis jetzt dürfe die Tatsache, dass Cannabis eine illegale Substanz ist, immer noch eine gewisse Abschreckung haben. Ab dem ersten April ist Marihuana jedoch vor dem Gesetz in einem gewissen Umfang gleichgestellt mit Drogen wie Alkohol oder Nikotin und das in Deutschland auch durch Jugendliche in ungesundem Ausmaß geraucht und getrunken wird, ist kein Geheimnis.

Eine andere wichtige Fragestellung bleibt ebenfalls zunächst unbeantwortet: die Regelung für den Straßenverkehr. Denn aktuell gibt es einen Grenzwert für den THC-Gehalt im Blut, der mit einer Legalisierung nicht wirklich kompatibel ist. Ab 0,1 Nanogramm THC pro Milliliter Blut drohen 500 € Bußgeld, ein einmonatiges Fahrverbot und 2 Punkte

in Flensburg. Verschiedene Studien und Experten weisen allerdings darauf hin, dass der bisherige Grenzwert viel zu niedrig sei und auch in keinem Verhältnis zu den 0,5 Promille für Alkohol stehe. Ähnliche Auswirkungen wie 0,5 Promille Alkohol im Blut treten nämlich erst ab ein bis drei Nanogramm THC/mL auf – wobei die genaue Wirkung sehr individuell und auch abhängig davon ist, wie oft eine Person konsumiert. Daher sind viele Fachleute der Meinung, dass eine Anhebung des Grenzwertes auf mindestens ein Nanogramm angemessen wäre – immerhin eine Verzehnfachung! der aktuellen Obergrenze. Ob eine solche Anhebung jedoch noch vor dem ersten April stamin-det, darf bezweifelt werden.

Zwar wird mit dem Gesetz die Meinung eines großen Teils der deutschen Bevölkerung, etwa 47 %, umgesetzt, vollständig ausge-reift erscheint es aber noch nicht. Eigentlich schade, da es der Ampel bei all der aktuellen Kritik sicherlich nicht schaden würde, ein gut durchdachtes Gesetz zu erlassen – selbst ein durchaus kontroverses wie die Legalisierung von Cannabis.



**TEXT: JOHANNES SPORMANN (18)** kommt aus dem Harz, ist Mitglied der Jungen Liberalen und wird nächstes Jahr sein Abitur machen. Anschließend möchte er Wirtschaftsmathematik studieren und sich intensiver bei den JuLis engagieren.

## Haftpflichtversicherung

ALLES VERSICHERT.

NUR ENTSCULDIGEN MUSST  
DU DICH SELBST.

Debeka

Das Füreinander zählt.



Durch die Abwahl der PiS-Partei reicht Polen Europa die Hand. Es wird Zeit sie zu ergreifen und das Weimarer Dreieck systematisch zu vertiefen. Denn ohne Polen hat das europäische Projekt keine Zukunft.

# S

tellen wir uns einen jungen Franzosen vor, Jean, der im Herbst/Winter des Jahres 1945 zur Welt kommt. Jeder seiner lebenden Verfahren hat mindestens einen, die meisten zwei und manche drei deutsch-französi-

sche Kriege bewusst miterlebt. Doch noch bevor Jean sechs Jahre alt werden kann, unterstellen unter anderem Deutschland und Frankreich in der Montanunion ihre kriegswichtigen Kohle- und Stahlindustrien einer gemeinsamen Regulierung. Noch vor seinem 10. Geburtstag werden Deutschland und Frankreich durch den deutschen NATO-Beitritt Alliierte und bevor Jean seinen 18. Geburtstag feiern kann, unterzeichnen beide Länder den Elysée-Vertrag, der ausweislich seiner gemeinsamen Erklärung das "Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neu gestaltet". Über nahezu den Rest seines bis heute andauernden Lebens, wird die amitié franco-allemande die treibende Kraft hinter dem europäischen

Einigungsprozess und wichtigen Grundsatzentscheidungen in Europa sein. Das Leben von Jean und Millionen anderer Deutscher und Franzosen der Nachkriegsjahre zeigt deutlich: die deutsch-französische Freundschaft ist ein unwahrscheinlicher Glücksfall der Geschichte und hat ihrerseits Geschichte verändert.

Doch nicht alles, was historisch zusammenwuchs, ist allein deswegen auch den Herausforderungen der Zukunft gewachsen. In den ersten Jahren der neuen Europäischen Gemeinschaft (ab 1967) machten Deutschland und Frankreich gemeinsam knapp 2/3 der Wirtschaftskraft der Gründungsmitglieder aus und 70% der EG-Einwohner waren Deutsche oder Franzosen. Heute liegt ihr

gemeinsamer Anteil am BIP der EU bei nur noch knapp 41% und nur noch 34% der EU-Bürger sind Deutsche oder Franzosen. In den zwischenzeitlich hinzugekommenen und insbesondere osteuropäischen Staaten wächst die Wirtschaft zudem bedeutend schneller. Im größtenteils wachstumsstarken Jahrzehnt zwischen 2012 und 2022 wuchsen unter den EU-Staaten nur die Steuerparadiese Irland und Malta im Jahresdurchschnitt schneller als Polen, das jährlich beachtliche 3,56% zulegte. Dahinter folgen Litauen, Rumänien, Ungarn, Estland und Lettland mit durchschnittlichen, jährlichen Wachstumsraten von 2,88 - 3,37%. Deutschland und Frankreich lagen mit 1,15 bzw. 1,05% pro Jahr auf einigen der letzten Plätze.

Das europäische Projekt ist über die Jahre größer, vielfältiger und dank der Erweiterung um die jungen postsowjetischen Demokratien auch osteuropäischer geworden. Diese Osterweiterung der EU (und im Übrigen auch der NATO) ist ein weiterer unwahrscheinlicher Glücksfall der Geschichte. Profitiert haben natürlich die neuen Mitglieder, aber eben auch die westeuropäischen Staaten wie Deutschland und Frankreich. Zum einen, weil sich durch die neuen Länder neue Absatzmärkte und kostengünstige Arbeitskräfte erschlossen haben. Zum anderen, weil (im Gegensatz zum Kalten Krieg) nun neun größtenteils liberal-demokratisch gesinnte Staaten zwischen Deutschland und dem Aggressor Russland stehen. Zusammengenommen verfügen diese neun osteuropäischen Demokratien über knapp 450.000 aktive Soldaten. Das ist rund die 2,5-fache Personalstärke der Bundeswehr und immer noch knapp 80.000 Soldaten zahlreicher als die Streitkräfte Deutschlands und Frankreichs zusammen. Gleichzeitig weißt dieser Vergleich auf ein fundamentales Zerwürfnis zwischen Ost- und Westeuropa in den Jahren bis 2022 hin. Während die russischen Ambitionen auf aggressive Expansion in den meisten Hauptstädten der jungen EU-Mitglieder (spätestens ab der Krim-Annektion 2014) realistisch gesehen und militärpolitische Vorbereitungen getroffen wurden, strebte das deutsch-französische Tandem weiterhin nach Appeasement und wirtschaftlicher Verflechtung mit Russland. Das Ergebnis war eine EU, die 2022 insgesamt größtenteils unvorbereitet von der russischen Invasion der Ukraine getroffen wurde; ökonomisch und militärisch. Ökonomie und Militär sind unterdessen die beiden zentralen Tätigkeitsfelder, denen sich die Europäische Union in absehbarer

Zeit widmen sollte. Das Leitbild sind eine wachstumsstarke Wirtschaft, die international wettbewerbsfähig und verflochten ist, sowie eine europäische Verteidigungsfähigkeit insbesondere gegenüber dem unmittelbar benachbarten Aggressor Russland. Die Frage, die sich damit aufdrängt, lautet doch: Ist die deutsch-französische Partnerschaft, die anders als vor 50 Jahren nur noch eine Minderheit der Bevölkerung, der Wirtschaftskraft, des relativen Wachstums und der militärischen Verantwortung vereint, in der Lage die EU in diese Richtung zu führen? Die Antwort lautet: Nein. Zumindest nicht allein.

Was es jetzt braucht, ist eine Erweiterung des Antriebs der Europäischen Union. Es braucht eine echte deutsch-französisch-polnische Partnerschaft. Auch diese Partnerschaft sollte nicht als politische Dominanz weniger Mitgliedsstaaten über alle anderen missverstanden werden. Vielmehr zeigt die Geschichte des europäischen Projekts, dass es große Mitglieder braucht, die systematisch gemeinsame Entscheidungen vorbereiten. Fehlt dieses Element, verliert die Union ihre Reformfähigkeit. Die aus dem Elysée-Vertrag folgenden regelmäßigen Konsultationen zwischen Deutschland und Frankreich und zumindest der Versuch in allen wesentlichen Fragen gemeinsame Positionen zu entwickeln, schafft Vertrauen im Inneren. Damit auch das äußere Vertrauen in diese Positionen bestehen kann, braucht es dreißig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auch einen osteuropäischen Staat in dieser Partnerschaft. Polen ist als demographisch, wirtschaftlich und militärisch größtes EU-Mitglied des Ostens der ideale Kandidat. Mit dem losen Gesprächsformat des „Weimarer Dreiecks“ besteht ein erstes Forum der drei Länder, auf das man aufbauen kann und der Regierungswechsel zur Tusk-Regierung im letzten Jahr drängt sich als Anlass geradezu auf. Polen hat Deutschland und Frankreich mit der Abwahl der PiS die Hand gereicht und es wird Zeit sie zu ergreifen. Ein erster Schritt sind regelmäßige trilaterale Regierungskonsultationen und eine Vertiefung der parlamentarischen Kooperationen. Aus gegebenem Anlass erscheint auch die vertiefte militärische Zusammenarbeit als ein sinnvolles Feld der Annäherung.

Verschweigen darf man nicht, dass diese Annäherung und die notwendigen gemeinsamen Entscheidungsprozesse nicht einfach sein werden. 35% der polnischen Wähler haben mit der PiS im letzten Oktober einer Partei die Stimme gegeben, die antideutsche Ressentiments und Ver-

schwörungstheorien zu einem wesentlichen Teil ihres Wahlkampfes gemacht hat. Auf der anderen Seite erfolgte die Versöhnung über die deutschen Verbrechen am polnischen Volk während der Besetzung im Zweiten Weltkrieg nach 1945 nicht so unmittelbar und tiefgreifend wie mit dem westeuropäischen Frankreich. Auch gibt es ungeklärte Konflikte in aktuellen Fragen der Gesundheits- und Umweltpolitik oder der Sexualmoral. Nicht in jeder dieser Fragen wird man unmittelbar eine Lösung finden, manches wird sich über die Zeit gewiss auch von selbst verändern. Was selbstverständlich sein muss, ist die Garantie demokratischer Prozesse, einer freien Berichterstattung und einer unabhängigen Justiz. Was Hoffnung gibt, sind die engen Verflechtungen der Bevölkerungen. Über zwei Millionen Deutsche und eine Millionen Franzosen haben einen polnischen Hintergrund und in Polen sind die knapp 350.000 Deutschen als nationale Minderheit offiziell anerkannt. Auf diese persönlichen Kontakte sollte man setzen, das Deutsch-Polnische Jugendwerk stärken und gemeinsam mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk trinationale Projekte umsetzen. Es geht um Schüleraustausche, Sprachbildung und Studienreisen. Insgesamt sollte Deutschland nicht nur als geografisches Scharnier zwischen den beiden anderen Spitzen des Weimarer Dreiecks fungieren. Das Ziel dieses Prozesses der politischen und gesellschaftlichen Annäherung sollte der Abschluss eines trilateralen Vertrags zwischen Deutschland, Frankreich und Polen nach dem Vorbild des Elysée-Vertrags sein. Diese grenzüberschreitende Freundschaft ist ohne Zweifel ein großes Ziel und der Weg dorthin voller Hindernisse. Unser mittlerweile 78-jähriger Jean würde vermutlich dennoch augenzwinkernd bemerken: „Ce ne serait pas la première fois.“



**TEXT: LEONARD KERN-WAGNER (23)** ist Vorsitzender der JuLis im Bezirksverband Düsseldorf und ehemaliger Chefredakteur der jung+liberal. Ihr erreicht ihn unter: [kern-wagner@julis.de](mailto:kern-wagner@julis.de)

# Weltunordnung

Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens

Von Carlo Masala



**WELTUNORDNUNG**  
C.H. Beck Verlag,  
Erscheinungsdatum: 26.07.2023,  
199 Seiten, ISBN:  
978-3-406-79325-7

**G**escheiterte Interventionen, überhebliche Doppelmoral in den politischen Schaltzentralen des Westens und ein äußerst nüchterner Blick auf die Zukunft – so recht will sich das angenehme Gefühl beim Lesen nicht einstellen. Und das nicht ohne Grund, schließlich schickt sich Carlo Masala in seinem Buch „Weltunordnung“ an, die optimistischen Paradigmen der neunziger Jahre auf den Prüfstand zu stellen und die Leser:innen auf die unangenehmen Aussichten der nächsten Jahrzehnte vorzubereiten. Die Welt befindet sich in einem Zustand der Unordnung. Westliche Versuche den Globus nach dem Ende des Kalten Krieges im Antlitz der liberalen Demokratie umzugestalten sind gescheitert. Stattdessen hat sich in Teilen der Welt eine breite Opposition gegenüber den USA und ihren Verbündeten gebildet. Dazu gehören sowohl politische Alternativangebote, wie die stark von

Autokratien (China, Russland) beeinflussten BRICS-Staaten, als auch kämpferische Gegenideologien, wie der islamistische Fundamentalismus.

Vor diesem Hintergrund sucht Masala zu erklären, warum sich das Ende der Geschichte, wie einst von Francis Fukuyama prophezeit, nicht eingestellt hat. Schonungslos listet er die Illusionen des Westens auf und analysiert scharf, wie die liberale Demokratie durch selektive Anwendung und westliche Privilegien international ein schlechtes Image erhalten hat (Die Illusion der Demokratisierung). Er führt aus, warum Militäreinsätze nicht als Allheilmittel der Stabilisierung dienen können (Die Illusion der militärischen Interventionen) und wie internationale Institutionen als Foren der Konfliktlösung und Mittel multinationaler Kooperation ins Hintertreffen geraten (Die Illusion der Institutionalisierung). Weiterhin zeigt Masala auf, dass widersprüchliches Verhalten der westli-

chen Staaten – Vorantreiben einer internationalen Rechtsordnung bei gleichzeitiger nur selektiver Selbstbeschränkung – diese Ordnung entscheidend geschwächt hat (Die Illusion der Verrechtlichung).

Wer angesichts dessen allerdings plumpe West-Kritik erwartet, den kann ich beruhigen. Viel mehr präsentiert „Weltunordnung“ wertungsfrei die veränderten Parameter der internationalen Politik des 21. Jahrhunderts. Carlo Masala plädiert dafür, bei aller Sympathie für liberale westliche Werte, diese neue Realität als Handlungsrahmen anzuerkennen und adäquate Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit (u.a. Zerfall staatlicher Ordnung, Nationalismus, Digitalisierung) zu finden. In einer fragmentierten Welt müsse man flexibler mit jenen zusammenarbeiten, die je nach Situation fähig und willig zur Kooperation sind, argumentiert er. Die Außen- und Sicherheitspolitik im Westen solle sich von ideologischen Dogmen verabschieden, wie die gesamte Welt zu ordnen sei. Stattdessen spricht sich Masala für einen 360-Grad Blick auf den Globus und eine interessengeleitete Politik aus, um der Unberechenbarkeit der Weltunordnung Rechnung zu tragen.

Ganz pessimistisch will der Autor dann aber auch nicht bleiben. Schließlich bedeute Unordnung nicht automatisch Chaos. Und – punktuell sei es durchaus möglich Stabilität zu schaffen, wenn man sich auf die Bedingungen des 21. Jahrhunderts einlasse.

„Weltunordnung“ ist sicher keine feel-good Sonntagslektüre. Aber in seiner Nüchternheit ist das Buch eine in-



**TEXT: CARL GRUNER (24)**

beendet gerade sein Studium der Politikwissenschaft. Er ist Kreisvorsitzender der Jungliberalen Aktion Dresden und beschäftigt sich am liebsten mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ihr erreicht ihn unter: [carl.gruner@julia-dresden.de](mailto:carl.gruner@julia-dresden.de)



telligente Bereicherung für euer Bücherregal. Nicht nur für die Sicherheitsnerds, sondern für alle, die verstehen wollen, warum unsere Welt manchmal so frustrierend ist und wie man trotzdem Fortschritte erreichen kann. Klare Leseempfehlung.



## ZEIT ZU HANDELN. Für eine EU der wirtschaftlichen Chancen.

Russlands Angriffskrieg, Hamas Terror oder Chinas Drohungen gegen Taiwan: Der Konflikt unserer Zeit ist Autokratie vs. Demokratie. Wir müssen die Allianz der Demokratien stärken und mit mehr Freihandel mit mehr Partnern, die Abhängigkeiten von Autokratien verringern. Es ist Zeit zu handeln: Bürokratie im Binnenmarkt abbauen, Wettbewerb stärken und Wirtschaftswachstum durch mehr Freihandel sind der beste Motor, um gestärkt aus den aktuellen Krisen zu kommen.

Gleichzeitig müssen wir mutiger Chancen durch technologischen Fortschritt ergreifen. Seit 2019 habe ich mit viel Herzblut für eine modernere EU gearbeitet: Zum Beispiel für Bürgerrechte und Innovation im AI Act, für das Freihandelsabkommen mit Neuseeland oder gegen den Einfluss von Autokratien auf Europäische Standards. Seit 2019 habe ich für euch:

**20** Gesetze und Berichte federführend verhandelt

**195+** Entschließungsanträge eingereicht

**283** Änderungsanträge zum KI-Gesetz gestellt

**450+** Stunden am KI-Gesetz verhandelt



**SVENJA HAHN MdEP**

### Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

### Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin  
Telefon: (030) 680 78 55-0  
Telefax: (030) 680 78 55-22  
E-Mail: [info@julius.de](mailto:info@julius.de)

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):  
Samuel Kessler ([samuel.kessler@julius.de](mailto:samuel.kessler@julius.de))

AutorInnen: Celine Eberhardt, Carl Gruner, Phil Hackeman, Svenja Hahn, Anna Heimann, Leonard Kern-Wagner, Moritz Körner, Helmer Krane Florian Ratzel, Isabel Schnitzler, Sebastian Schulze Bisping, Johannes Spormann, Sophie Steger, Ralf Stüber, Maximilian Swenty, Lukas Weber, Allen Xu

Auflage: 11.000 Exemplare  
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung.

Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an [kern-wagner@julius.de](mailto:kern-wagner@julius.de) schicken.

### Bildnachweise

© JuLis/privat, Berlin  
Titelfoto: Adobe Stock  
Illustrationen und Fotos:  
Adobe Stock: S.4 (3), S.12-14, S.15, S.16, S.18-19, S.22-23, S.24 (2), S.26-27, S.30, S.32 (3), S.35;  
Unsplash.com S.20, S.28

Dieses Magazin wird gefördert vom



# WIR SIND DIE **WEITBLICK- FÜR-DIE-PFLEGE- VERSICHERUNG.**

Die PKV baut für ihre Versicherten eine stabile finanzielle Vorsorge auf. So sichert sie eine menschenwürdige und generationengerechte Pflege.



Mehr Informationen unter:  
[www.pkv.de/besser-für-alle](http://www.pkv.de/besser-für-alle)



Verband der Privaten  
Krankenversicherung